

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- ***Pofallas Attacke: Leitkultur jetzt für alle – Seite 4***
- ***Italien: Regierungskrise beendet – Linke zahlt einen hohen Preis – Seite 7***
- ***Hamburger SPD in der offenen Krise – Seite 12***
- ***Urteil des Verfassungsgerichts: Keine Ballungsraumzulage für Beamte – Seite 15***
- ***Volksrepublik China: Der Vatikan kehrt zurück – Seite 18***

Ausgabe Nr. 5 am 9. März 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Zweierlei Arbeitsmarkt

Frankfurter Rundschau, 1.3. rül. Zum ersten Mal seit vielen Jahren sei die Arbeitslosigkeit im Februar eines Jahres gegenüber dem Vormonat gesunken, verkündete letzte Woche die Agentur für Arbeit. Nur noch 4,22 Millionen Menschen waren Ende Februar arbeitslos gemeldet. Das waren 24.000 weniger als im Januar 2007 und 850.000 weniger als im Februar 2006. Nur vereinzelt wird dabei in der Presse darauf hingewiesen, dass sich die Spaltung des Arbeitsmarktes weiter vertieft. Vermittelt wurden vor allem die sog. „Schneldreher“, d.h. Bezieher von Arbeitslosengeld I. Die Zahl der ALG-II-Bezieher dagegen blieb im Februar fast unverändert. 63 Prozent der statistisch erfassten Arbeitslosen beziehen inzwischen ALG II. Die „strukturellen Probleme“ auf dem Arbeitsmarkt seien „ungelöst“, räumte auch Agentur-Vizechef Heinrich Alt bei der Vorstellung der Arbeitsmarktzahlen ein. Die Situation von Langzeitarbeitslosen, Migranten, Älteren und Behinderten ist unverändert miserabel, die Zahl der „Aufstocker“ von ALG II, also derjenigen, die ihr niedriges Arbeitseinkommen durch Hartz IV aufstocken, steigt weiter an. Wenn die Agentur schon von einer „Besserung“ auf dem Arbeitsmarkt spricht, weil etwa die Hälfte der neu besetzten Stellen wieder unbefristete Vollzeitjobs sind, die anderen dagegen Leihjobs, befristete Jobs und Teilzeit, dann spricht das Bände. Trotzdem dürfte schon bald eine neue Debatte um die weitere Senkung des Arbeitslosenbeitrags losgehen. Denn die Agentur für Arbeit hat auch ihre Prognose der durchschnittlichen Arbeitslosenzahl für 2007 um 400.000 auf 3,9 Millionen nach unten revidiert. 100.000 Arbeitslose kosten laut Agentur zur Zeit 3 Milliarden Euro Arbeitslosengeld I. 400.000 Arbeitslose weniger bedeuten also aufs Jahr umgerechnet 12 Milliarden Euro weniger Ausgaben für Arbeitslosengeld I.

Streit um Unternehmenssteuerreform

Handelsblatt, 27.2., 2./3./4.3.; Berliner Zeitung, 2.3. rül. Nach den Protesten der Gewerkschaften rührt sich auch in der SPD Unmut über die Pläne zur Unternehmenssteuersenkung, die Finanzminister Steinbrück mit Hessens CDU-Regierungschef Koch zur Senkung der Unternehmenssteuern ausgearbeitet hat. Nach Berechnungen des Finanzministeriums führt die Reform in den Jahren 2008 bis 2010 zu Steuerausfällen von ca. 8 Milliarden Euro pro Jahr. Danach erwartet Steinbrück durch einen Rückfluss von Auslandsvermögen der Unternehmen eine Verringerung der

Steuerausfälle auf ca. 5 Milliarden Euro. Geplant ist eine Senkung der Steuer auf Unternehmensgewinne von 39 auf künftig 29%. Insgesamt sollen die Konzerne durch die Reform in fünf Jahren 30 Milliarden Euro weniger Steuern zahlen. Anhebung des Rentenalters, höhere Mehrwertsteuer und Kürzung der Pendlerpauschale auf der einen Seite und so eine Steuersenkung für Unternehmen auf der anderen Seite sei „nicht vermittelbar“, kritisierte der saarländische SPD-Chef Maas und forderte, die Steuerentlastung zunächst zu halbieren. Die hessische SPD-Chefin Ypsilanti verwies darauf, ursprünglich sollte die Reform sogar „aufkommensneutral“ sein, davon sei die jetzige Planung „weit, weit entfernt“. Vertreter der Konzerne Allianz, Deutsche Bank, Lufthansa und Siemens forderten demgegenüber, die als „Gegenfinanzierung“ geplante Einschränkung des Zinskostenabzugs wieder zu streichen, was im Ergebnis eine noch größere Steuersenkung für die Konzerne zur Folge hätte. Mitte März soll das Kabinett über den Gesetzentwurf beschließen, bis Sommer soll das Gesetz durch Bundesrat und Bundestag.

Steuern, Sozialabgaben: gesenkt für Gutverdienende, alleinerziehende Geringverdiener zahlen mehr

www.oecd.org, 28.2. alk. Die internationale Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat für die an ihr beteiligten Länder die Entwicklung der Steuern und Sozialbeiträge von 2000 nach 2006 untersucht. Die OECD kommt zu folgendem Ergebnis: Die Belastung der Arbeitskosten und Arbeitseinkommen durch Steuern und Sozialbeiträge ist in Deutschland nach den Reformen der vergangenen Jahre leicht gesunken. Im Vergleich der OECD-Länder nimmt sie aber nach wie vor eine Spitzenstellung ein. So blieben 2006 bei einem durchschnittlich verdienenden Single von 100 Euro, die dieser seinem Arbeitgeber kostet, nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialbeiträgen (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) noch 47,50 Euro netto übrig (46 Euro im Jahr 2000). Innerhalb der OECD waren für einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener nur in Belgien die Abzüge höher. Im OECD-Mittel blieben von 100 Euro Arbeitskosten dem Arbeitnehmer 62,50 Euro netto in der Tasche (entspricht 37,5 Prozent Gesamtabgabenquote auf die Arbeitskosten). Personengruppen mit niedrigem und durchschnittlichem Einkommen sowie Familien haben weniger von den Entlastungen profitiert als Alleinstehende mit hohem Einkommen. Alleinerziehende mit geringem Einkommen müssen sogar mit leicht höhe-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

ren Abzügen leben als noch im Jahr 2000. So ist bezogen auf den Bruttolohn zwischen 2000 und 2006 für einen unverheirateten, gut verdienenden Arbeitnehmer ohne Kinder (167 Prozent des Durchschnittsgehalts eines Vollzeitindustriearbeiters) die Abgabenlast um 2,8 Prozentpunkte auf 46,3 Prozent gesunken. Für einen verheirateten Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern (Partner arbeitet nicht) fielen die Abgabenquote (Sozialbeiträge Arbeitnehmer, Einkommenssteuer abzgl. Kindergeld) im gleichen Zeitraum um 1,4 Prozentpunkte auf 23,1 Prozent des Bruttolohns. Für Alleinerziehende mit zwei Kindern und nur zwei Drittel des Durchschnittsgehalts ist dagegen die Steuer- und Abgabenlast zwischen 2000 und 2006 angestiegen, um 0,8 Prozentpunkte auf 21,1 Prozent. Diese Verteilung ist in erster Linie eine Folge der Sockelbelastung der Arbeitseinkommen durch im OECD-Vergleich hohe Sozialbeiträge. Der Anteil dieser Abgaben am Bruttoverdienst sinkt aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen mit steigendem Einkommen. „Die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Steuerfinanzierung der Sozialleistungen gehen in die richtige Richtung. Diese Strategie sollte entschlossen fortgesetzt und durch umfassendere Reformen für eine Verminderung der Belastung der Arbeitseinkommen ergänzt werden“, meint Christopher Heady, Leiter der Abteilung Steuerpolitik und Statistik der OECD. Obwohl die durchschnittliche Belastung so hoch ist, sind die Staatseinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben in der BRD sogar vergleichsweise gering: Im OECD-Mittel lag die Staatsquote bei 35,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in Deutschland nur bei 34,7 Prozent. Das liegt an den vergleichsweise hohen Transfers, die aus den Einnahmen getätigt werden. Dazu rechnet die OECD zum Beispiel das Kindergeld und diverse Steuerermäßigungen wie Werbungskosten usw., nicht aber z.B. getätigte Investitionen in Schulen etc. Der OECD-Bericht deutet darauf hin, dass die Transferleistungen im Ländervergleich eher den gut- bis besserverdienenden Lohnabhängigen zugute kommen.

EU-Grenztruppen Ausbildung in Lübeck

www.german-foreign-policy.com, 4.3. hav. In Lübeck beginnt die deutsche Bundespolizei mit der Ausbildung von Grenztruppen aus sämtlichen EU-Staaten. Die Maßnahme erfolgt in Kooperation mit dem EU-Grenzschutzbehörde Frontex und festigt den deutschen Einfluss auf die operative Flüchtlingsrepression der EU. In der Lübecker Polizeiakademie werden Beamte geschult, die künftig an den europäischen Außengrenzen Migranten abfangen sollen. Die

Münzkundliche Klarstellung

FAZ, 28.2. maf. Am 21.11.2006 hatte die FAZ einen umfangreicher Aufsatz gebracht, in dem der katholische Theologie und em. Prof. der Universität des Saarlandes, Ohlig, gestützt auf münzkundliche Betrachtungen darlegte, dass der Islam ursprünglich eine christliche Sekte gewesen sei, dass der Ausdruck „muhammand“ (der Gepriesene) eigentlich Jesus gemeint habe und erst „später in der Gestalt eines arabischen Propheten Mohammed historisiert“ worden sei und dass schließlich der Koran nur eine Sammlung von Sprüchen zur Bekräftigung von Thora und Evangelium gewesen sei (siehe auch PB 24/06). Die schmähende Absicht dieser Kritik ist offensichtlich, aber eine Kritik noch der dümmsten archäologisch-münzkundlichen Beweisführung verlangt Fachkenntnisse. Dass in dem genannten Fall ein herber Missbrauch von Fachautorität vorgelegen hat, ergibt sich aus einer neuen, ausführlichen Publikation in der FAZ vom 28.2. von Stefan Heidemann, der semitische Philologie und Islamwissenschaft an der Universität Jena lehrt. Nach einer ausführlichen kritischen Untersuchung der Entwicklung der Münz-Symbolik im fraglichen Zeitraum schließt Heidemann: „Daraus folgt als Antwort auf Karl-Heinz Ohlig: Die historisch kritische Methode wird in der Islamwissenschaft längst angewandt, man muss ihre Ergebnisse nur wahrnehmen. Die Hilfskonstruktion eines ‚christlichen‘ frühen Islam und einer verdunkelnden Verschwörung der Abbasiden führt in die Irre. Worin liegt das Missverständnis der Revisionisten um Ohlig und Puin? Sie unterstellen dem Islam der Frühzeit einen ähnlichen Charakter wie dem Christentum, nämlich die scharfe Distinktion gegenüber den Ungläubigen und Häretikern.“



„Oben eine Goldmünze aus Damaskus aus dem Jahre 696: links Kalif Abd al-Malik und rechts auf dem Stufen ein Stab mit einer Kugel, ein unentschlüsseltes religiöses Symbol des Islam. Unten ein Silberdirhem aus Kufa im Südirak aus dem Jahre 698/699 mit dem Glaubensbekenntnis und der 112. Sure des Koran als Symbol der Religion und des Staates.“

FAZ 28.2.

Ausbildung erfolgt in „Soforteinsatzteams“, denen Berlin ein „technisches Zentralregister“ zur Verfügung stellen will. Entsprechende Pilotprojekte der Frontex-Behörde werden als erfolgreich bewertet. Über Möglichkeiten, die Grenzabschottung mit den Mitteln modernster Technik zu perfektionieren, haben Experten Mitte Februar auf einem Europäischen Polizeikongress in der deutschen Hauptstadt diskutiert. Beteiligt waren Vertreter mehrerer deutscher IT-Unternehmen, darunter eine Firma aus dem Geflecht des Bertelsmann-Konzerns. Wie bereits bisher lassen auch die künftigen Maßnahmen der europäischen Grenzabschottung eine starke deutsche Prägung erkennen – auf jeder Stufe der Handlungskette von der Warschauer Frontex-Zentrale bis zur technologischen Umsetzung vor Ort. Berlin kündigt für das Frühjahr eine Intensivierung der Polizeitätigkeit an den EU-Außengrenzen an.

Mauthausen Komitee: EU-weites Verbot der Holocaust-Leugnung

www.oegb.at, 2.3. hav. „Die Leugnung des Holocaust in allen EU-Ländern einheitlich strafbar zu machen ist ein wichtiger Schritt für ein Europa, in dem Ras-

sismus und Fremdenfeindlichkeit keine Chance mehr haben dürfen“, erklärt der Vorsitzende des Mauthausen Komitees Österreich (MKÖ), Willi Mernyi. EU-weit strenge Strafen seien auch für die Verbreitung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit überfällig. Nach Aussagen von Beate Winkler, die bis auf weiteres die neue EU-Grundrechteagentur leitet, ist die Zahl gemeldeter extremistischer Straftaten nur in Österreich und Schweden zurückgegangen. Die deutsche Regierung hatte als aktueller EURatspräsident das Ziel bekräftigt, das Leugnen des Holocaust in allen 27 Ländern unter Strafe zu stellen. „EU-weite Regelungen sind notwendig, damit Leugnern und Verharmlosern der NS-Gräueltaten ein einfacher Grenzübertritt nicht mehr genügt, um ihre furchtbare Propaganda straffrei verbreiten zu können“, sagt Mernyi. Meinungsfreiheit dürfe nicht als Ausrede vorgeschoben werden, um solche Regelungen zu blockieren. „Wenn die Überlebenden der Konzentrationslager und die Angehörigen der Ermordeten sich anhören müssen, dass es den Holocaust nie gegeben hat, werden sie erneut zu Opfern gemacht“, begründet der MKÖ-Vorsitzende seine Forderung nach Bestrafung.

Zusammenstellung: alk

Pofallas Attacke: Leitkultur jetzt für alle

Die CDU arbeitet an einer Neufassung ihres Grundsatzprogramms. Ende Februar ist es in der Programmkommission, die von Generalsekretär Pofalla geleitet wird, zu einer Kontroverse über den Abschnitt „Selbst- und Deutschlandbild der CDU“ gekommen. Der Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, der den Text vorbereitet hat, pflegt den Begriff „Leitkultur“ nicht zu verwenden. In der Diskussion setzte sich demgegenüber Pofalla durch, der laut Pressebericht unter dem Beifall anderer Kommissionsmitglieder ausrief: „Ich will den Begriff der Leitkultur in unserem Programm verwenden“. Die CDU stellt den Entwurf, um den es ging, der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung, er wird aber von der FAZ (28.2.07) ausführlich zitiert. Zusätzlich gibt es noch ein Interview Pofallas in der Zeitung „Die Welt“ vom 24.2.07. Die Quellen fließen also durchaus spärlich. Trotzdem läßt sich erkennen, dass es in der CDU Kräfte gibt, die an einer gefährlichen strategischen Weichenstellung arbeiten. Pofalla tendiert zur Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft in eine Volksgemeinschaft. Dar-

auf deutet die kernig gesprochene Schulformulierung im Welt-Interview hin:

„Wir wollen ein Grundverständnis des Zusammenlebens dokumentieren: Wer dies akzeptiert, bildet die Gemeinschaft, in der wir leben. Überdies gelten diese Bedingungen eben für alle Menschen, die hier leben – auch für Deutsche.“

Zunächst und harmlos genug werden die gesellschaftlichen Beziehungen als „Zusammenleben“ erfasst. Die Kategorie des „Zusammenlebens“ umfasst nahe und sehr persönliche Beziehungen („X lebt mit Ypsilon zusammen“) genauso wie sehr ferne („müssen auf der einen Weltkugel zusammenleben“). Zusammenleben wird mit dem Grundtenor des Wohlwollens („Leben und leben lassen“) gedacht, es hat seine Basis in den Tatbeständen der Kooperation, ohne die menschliches Leben nicht zustande kommt. Im Wort vom „Zusammenleben“ steckt das Bedürfnis nach Sicherheit und Zuverlässigkeit naher Bindungen genauso wie die positive Sicht auf das Fremde als die Chance einer möglichen Kooperation, die

vorteilhaft oder sogar beglückend gedacht werden kann.

Die Kategorie des Zusammenlebens bezieht sich auf die vielfältigen Tatbestände gesellschaftlicher Kooperation. Die Subjekte des Zusammenlebens sind die freien Bürgerinnen und Bürger. Sie entwickeln taugliche oder untaugliche, jedenfalls aber durch sie selbst veränderbare Regeln des Zusammenlebens. Die Moderne sieht sie, alle Einzelnen, als „Quelle berechtigter Ansprüche“. Die Frage, wer denn das Recht auf Zusammenleben hätte, ergibt sich von selbst. Es sind die, die zur gleichen Zeit in größerer oder geringerer Entfernung zusammen leben. Die Möglichkeit, eine lebende Person vom Zusammenleben auszuschließen, besteht logisch nicht.

Mit dem Dasein als Bedingung der Zugehörigkeit zur Menschheit ist Pofalla aber nicht zufrieden. Er sieht das Zusammenleben als Ausfluss eines „Grundverständnisses“, das umschreibt, was Zusammenleben ist bzw. nicht ist. Dieses Grundverständnis muss von den Einzelnen „akzeptiert“ werden, und nur die, die es akzeptieren, „bilden die Gemeinschaft, in der wir leben“. Wer

Die Darstellung in der FAZ . . .

Bei der CDU ist der Text, um den die öffentliche Diskussion entstand, nicht erhältlich, aber die FAZ gibt wohl das Wesentliche in direktem Zitat und sinngemäßer Darstellung wieder:

FAZ-Zitat aus dem CDU-Text:

„Unsere politische Kultur ist eine europäische Kultur. Aber sie ist geprägt von Besonderheiten der deutschen Geschichte wie die föderale und die konfessionelle Tradition, das besondere Verhältnis zwischen Staat und Kirche oder die Verantwortung, die den Deutschen aus den Verbrechen des Nationalsozialismus auch für die Zukunft erwächst. Die Gesellschaft hält zusammen, wenn sich alle auf den Boden dieser Leitkultur in Deutschland stellen und sie mit Leben erfüllen.“

FAZ-Darstellung:

„Die ‚Leitkultur in Deutschland‘ wird in dem Entwurfstext hergeleitet aus den Begriffen der ‚Nation‘, des ‚Patriotismus‘ und der ‚Schicksalsgemeinschaft‘. Die Integration von Einwanderern und ihren Kindern in unsere Gesellschaft sei eine Schlüsselaufgabe, die zu gleichberechtigter Teilhabe, wechselseitigem Verständnis und zur Identifikation mit unserem Land führe.“

Und weiter in direktem Zitat:

„Der Zusammenhalt unserer Gesell-

schaft hat sein Fundament in unserer Zusammengehörigkeit als Nation. Unsere gemeinsame Sprache und Geschichte und das Leben und Handeln in einem gemeinsamen Nationalstaat begründen ein elementares Zusammengehörigkeitsgefühl, zu dem wir uns bekennen.“

So viel zum Ergebnis der strittigen Diskussion, in der sich Pofalla durchgesetzt hat. Dieser Text ist immer noch ein Kompromiss.

. . . und in Pofallas eigenen Worten

Worauf Pofalla hinauswill, erschließt sich genauer aus seinen eigenen Worten im Welt-Interview (http://cdu.de/archiv/2370_19184.htm):

„Welt: Dieser Begriff wurde im Jahr 2000 schon einmal vom damaligen Fraktionschef Friedrich Merz verwendet. Die Kritik war deutlich: Die Partei grenze Ausländer aus.“

Pofalla: Wir wollen den Begriff Leitkultur verwenden, ohne zu verletzen. Das geht nur dann, wenn wir den Begriff mit Substanz füllen. Unter Leitkultur verstehen wir die Bedingungen unseres Zusammenlebens. Dazu gehört zum einen die Anerkennung der Werte des Grundgesetzes. Die Menschen, die hier leben, müssen Teil unserer nationalen Verantwortungsgemeinschaft werden, also nicht in Pa-

rallelgesellschaften leben. Sie müssen sich vertraut machen mit der Geschichte und Tradition unserer Nation. Sie müssen unsere Sprache beherrschen und natürlich die Bereitschaft zu Leistung und Verantwortung haben.

Welt: Das klingt nach einem Pakt, den Menschen mit dem Staat schließen, und nach Ausgrenzung derer, die sich dem verweigern.

Pofalla: Das Umgekehrte ist der Fall! Wir wollen ein Grundverständnis des Zusammenlebens dokumentieren: Wer dies akzeptiert, bildet die Gemeinschaft, in der wir leben. Überdies gelten diese Bedingungen eben für alle Menschen, die hier leben – auch für Deutsche.“

Zur Interpretation

Diese wenigen Worte haben es in sich. Im politischen Bezug wird auf diesem Wege neu definiert, wer dazugehört, wer bzw. was das „Volk“ ist, von dem im verfassungsrechtlichen Sinne die politische Gewalt ausgeht. Es ist die Gemeinschaft derer, die ein von Pofalla so bezeichnetes „Grundverständnis des Zusammenlebens“ teilen. Auf eine seltsam verwickelte Weise wendet sich dieses Grundverständnis gegen das Konzept der Menschenrechte. Voraussetzung der Zugehörigkeit ist – muss geprüft werden.

es nicht akzeptiert, offenbar nicht. Anschaulichkeit und eine gewisse Logik gewinnt diese Aussage durch die nähere Beschreibung von „Zusammenlebens“ als „die Gemeinschaft, in der wir leben“.

Das engt den Bezugsrahmen entscheidend ein.

Während im „Zusammenleben“ der Ausdruck „leben“ auf die ganze lebendige Menschheit zeigt, bedeutet der Ausdruck „Gemeinschaft in der ‚wir‘ leben“ etwas anders. Das „wir“ zeigt hier auf einen Ausschnitt, einen Bereich engerer Beziehungen, der nach „außen“ gegenüber anderen Menschen abgegrenzt werden kann.

Das wäre dann auch der wissenschaftliche Begriff der „Gemeinschaft“, der die nahen, bekannten, persönlichen Beziehungen meint im Unterschied zur „Gesellschaft“, womit der ganzen Zusammenhang realer und möglicher Kooperationen, gerade auch zwischen Menschen, die sich fremd bleiben, angesprochen wird.

Auf dem Wege der Verwandlung von menschlicher Gesellschaft in eine Gemeinschaft Auserwählter wird noch ein zweites Problem geschaffen.

Wenn es auf die Zustimmung der Einzelnen zu „Bedingungen“ ankommt, muss etwas da sein, das diese Bedingungen stellt und dem gegenüber die Zustimmung erklärt wird.

Dieses Etwas muss das Grundverständnis wissen, verkörpern und durchsetzen. Die praktische Erfahrung löst das Rätsel leicht: dieses Etwas ist ja wohl die Staatsmacht.

Es ist schon richtig, dass Pofallas Verfahrensvorschlag an den Tatbestand der Teilung der Weltgesellschaft in Staaten geknüpft ist, woraus die Frage der Erlangung der Staatsbürgerschaft entsteht.

Aus diesem schlechten, Schritt für Schritt wegzuräumenden Überbleibsel einer alten Welt holt Pofalla aber den Schwung zur Veränderung der neuen, demokratischen Welt. Er schreitet von der Entrechtung jener, die sich, so wie es halt ist, als Migranten und Flüchtlinge um eine neue Staatsbürgerschaft bewerben müssen, weiter zu einer Verkehrung der Verhältnisse zwischen dem Staat und den Staatsbürgern. Er meint, dass die von ihm kreierten Regeln für alle Menschen, die hier leben, gelten sollten.

Wer für Menschenrechte eintritt, kommt schnell zu dem Schluss, dass sie entweder für alle gelten oder gar nicht. Umgekehrt scheint sich's genauso zu verhalten. Da es im gesetzlich geregelten Leben (immer noch) vorkommt, dass eine Behörde einem Menschen die Anerkennung als Staatsbürger gewährt oder versagt, wird die Idee fett, dass es generell dem Staat zukomme zu definieren, was die einzelnen Bürger zu Bürgern macht.

Nach dem Programmtext, jedenfalls soweit ihn die FAZ wiedergegeben hat, wurden Pofallas Gedankengänge dort nicht voll übernommen, aber mit dem Begriff der Leitkultur wird die Transformation der bürgerlichen Gesellschaft in eine staatlich geführte Volksgemeinschaft gespeist. – Wer ist schon Pofalla? Wo das draufsteht, ist Merkel drin. Die Union, die sich vor der Wahl dem extremen Liberalismus verschrieb und dabei ihren christlich-sozialen Anspruch beschädigt hat, scheint diesen Schaden jetzt durch Ersetzung von Demokratie durch Gemeinschaftsgefühl ausgleichen zu wollen.

Martin Fochler

Jugendstrafrecht und -strafvollzug

„Wegsperren – für immer“

Bundesjustizministerin Zypries hat einen Gesetzentwurf zur Sicherungsverwahrung Jugendlicher angekündigt. Bei Jugendlichen, also 14- bis 18-Jährigen, die zu mehr als sieben Jahren Jugendhaft verurteilt wurden – die Höchststrafe liegt nach dem Jugendstrafrecht bei 10 Jahren –, sollen Richter nachträgliche Sicherungsverwahrung verhängen können, wenn Gutachter am Ende der Haft zu dem Ergebnis kommen, dass weiterhin schwere Gewalttaten zu erwarten seien.

Angeblich soll das Gesetzesvorhaben die Gesellschaft vor rückfälligen „gefährlichen Jugendlichen“ schützen; doch wes Geistes Kind es ist, veranschaulicht die Tatsache, dass es in Deutschland kaum wissenschaftliche Untersuchungen über die Rückfälligkeit straffälliger Jugendlicher gibt. Gesicherte Kenntnisse über die Anzahl schwerer Straftaten jugendlicher Wiederholungstäter gibt es jedenfalls nicht. Eine einzige Untersuchung, die sich für den Zeitraum von 1987 bis 1996 mit den Höchststrafen im Jugendstrafrecht befasst: demnach wurden in diesen 10 Jahren 74 Personen zu dieser Höchststrafe verurteilt, in dem – allerdings begrenzten – Rückfallzeitraum war kein einschlägiger Rückfall zu verzeichnen.¹

So scheint Zypries populistischen Forderungen nachzugeben, die seit längerem an Boden gewinnen. Erstmals erhoben wurde die Forderung nach Sicherungsverwahrung für Jugendliche 2005 von Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen. Ihre Bundesratsinitiative kam in Folge der Bundestagsneuwahlen nicht zur Befassung. Jetzt kommentierte der baden-württembergische Justizminister Goll (FDP) zufrieden, dass das Bundesjustizministerium endlich aus seinem „Dornröschenschlaf“ erwacht sei: „Der Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tätern – auch

wenn diese noch Jugendliche sind – hat für mich absoluten Vorrang. Es geht dabei zum Glück nur um einige ganz wenige gefährliche Gefangene. Da darf es dann aber für die Frage der Sicherungsverwahrung keinen Unterschied machen, ob es sich bei diesen gefährlichen Gefangenen um jugendliche oder erwachsene Täter handelt“.²

Ausweitung der Sicherungsverwahrung

In den vergangenen neun Jahren hat die Sicherungsverwahrung eine kaum bemerkte, aber rasante Ausweitung erfahren. Eingeführt wurde sie Ende 1933 von den Faschisten, die sie rund 15.000 Mal verhängten. Nach 1945 hielt man in der BRD am Institut der Sicherungsverwahrung fest, die Zahl der Gefangenen in Sicherungsverwahrung stieg bis Ende der 60er Jahre auf knapp 300. Erst 1970 wurde die Maßnahme im Zuge der Strafrechtsreform eingegrenzt, die Zahl der davon Betroffenen fiel bis 1978 auf rund 50. 1998 dann kam es erneut zu einer Wende. Die zehnjährige Begrenzung im Fall erstmaliger Anordnung wurde aufgehoben und damit die Sicherungsverwahrung, trotz zweijährlicher Überprüfungspflicht, de facto auf ein Lebenslänglich angelegt. 2002 erhielten die Gerichte die Möglichkeit, sich die Verhängung einer Sicherungsverwahrung vorzubehalten, 2004 wurde gesetzlich ermöglicht, Sicherungsverwahrung nachträglich anzuordnen. Auch für Heranwachsende, die nach Erwachsenenrecht bestraft werden, wurde sowohl die vorbealtene wie auch die nachträgliche Sicherungsverwahrung eingeführt.³ Entsprechend stieg die Zahl von Gefangenen in Sicherungsverwahrung von 183 (1995) auf 350 im Jahr 2005 (Stichtag jeweils 31.3.). Nun soll die nachträgliche Sicherungsverwahrung also auch bei Jugendlichen eingeführt und damit das Jugendstrafrecht nicht nur erheblich verschärft, sondern tendenziell ausgehebelt werden.

Heribert Ostendorf, vormals Generalstaatsanwalt in Schleswig-Holstein, heute Leiter der Forschungsstelle für Jugendstrafrecht und Kriminalprävention an der Universität Kiel, hatte gegen die Sicherungsverwahrung allgemein und gegen die oben angesprochene Bundesratsinitiative der drei CDU- bzw. CSU-regierten Bundesländer argumentiert: „Gegen die vorbealtene, insbesondere die nachträgliche Sicherungsverwahrung bestehen erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Ein Verstoß gegen das Verbot der Doppelbestrafung sowie gegen den Grundsatz „Nemo tenetur se ipsum accusare“ (Niemand ist verpflichtet, sich selbst anzuklagen – C.S.) liegt nahe. (...) Unter dem Resozialisierungsgesichtspunkt ist die Gefahr von Formalanpassung und Scheinresozialisierung nicht zu leugnen, womit dann erst recht ein Gefährdungspotential begründet wird. Wel-

cher Strafgefangene wird sich auf ein offenes Therapiegespräch einlassen, seine geheimen Gelüste z.B. zu strafbedrohten Sexualpraktiken offenbaren, wenn diese Informationen dazu führen können, dass die Sicherungsverwahrung angeordnet wird. Für das Jugendstrafrecht verstärken sich die Gegenargumente, da, insoweit altersbedingt, einmal die Entscheidungsgrundlagen noch weniger als bei Erwachsenen gesichert sind und zum anderen hier noch weniger positive Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden können. Die Entscheidungsgrundlage ist schwankend, ist für einen derartigen Eingriff in das Freiheits- und Persönlichkeitsrecht des verurteilten Bürgers, aber immerhin weiterhin Bürgers unvereinbar.“⁴

Die Kritik von Fachleuten und Bürgerrechtsorganisationen an Zypries Vorhaben fällt herbe aus. Die Humanistische Union warnte: „Die jetzt vorgeschlagene Einführung einer nachträglichen Sicherungsverwahrung für Menschen, die zu einer Jugendstrafe von mindestens sieben Jahren verurteilt wurden, vergrößert nach Einschätzung von Jochen Goerdeler das bereits vorhandene Risiko, Menschen einzusperren, die nicht wieder rückfällig würden: „Je mehr sich eine Vorhersage über das straffreie Verhalten in Freiheit auf das bisherige Verhalten im Freiheitsentzug stützen muss, desto höher wird die Wahrscheinlichkeit von Fehlprognosen. (...)“⁵ Der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes Arenhövel bezeichnete die Sicherungsverwahrung für Jugendliche als „völlig falschen Weg“ und „Populismus“. Ein wesentlicher Teil der Persönlichkeitsentwicklung dieser Jugendlichen fände in einer Strafanstalt statt, und hier eine Prognose über extreme Gefährlichkeit zu geben, sei „außerordentlich schwierig“. „In Wirklichkeit liegt das Problem im Jugendstrafvollzug“; dieser versage u.a. auf-

grund von Überbelegung und Stel-
einsparungen. Arenhövel verwies auf ei-
nen weiteren wichtigen Gesichtspunkt:
Die Richter müssten sich von Sachver-
ständigen beraten lassen, aber: „Wel-
cher Sachverständige ... möchte das Ri-
siko auf sich nehmen, im Zweifelsfall zu
sagen, wir können das Risiko auf uns
nehmen. Ich glaube, wenn die Entschei-
dung dahin geht, dass der Psychiater
möglicherweise sagt, im Zweifel für die
Sicherheit ...“⁶

Umkämpfter Jugendstrafvollzug

Die geplante nachträgliche Sicherungs-
verwahrung für 14- bis 18-Jährige ver-
stärkt die repressiven Tendenzen und den Ab-
schreckungscharakter
von Sanktionen im Ju-
gendstrafrecht.⁷ Das
droht auch durch das
Bundesverfassungsge-
richt (BVerfG) angesto-
ßene Reformen auf dem
Feld des Jugendstraf-
vollzugs zu verhindern.
Im Mai 2006 hatte das
BVerfG geurteilt, dass es
ein Gesetz für Jugend-
strafvollzug geben muss.
Da nach der Föderalis-
musreform die Bundes-
länder zuständig sind, wurden diese
verpflichtet, bis Ende 2007 Jugend-
strafvollzugsgesetze zu erlassen. Das
Gericht legte dabei fest, dass der Ju-
gendstrafvollzug erzieherisch ausge-
staltet und an der Wiedereingliederung
der Jugendlichen orientiert sein müsse.
Es verpflichtet die Länder, die dazu er-
forderlichen sachlichen und personel-
len Ressourcen zur Verfügung zu stellen.
Ein bloßer Verwahrvollzug sei unzuläs-
sig, die Vollzugsgestaltung müsse ein
ausreichendes Angebot an Integrations-
und Bildungsmaßnahmen enthalten.

Die Situation im Jugendstrafvollzug
ist in den Bundesländern unterschied-

lich, wie schon die Gefangenenrate im
Jugendstrafvollzug (d.h. die Zahl inhaf-
tierter Jugendliche pro 100.000 der 15-
bis 25. Jährigen) zeigt: Sie schwankt
zwischen 64 in Schleswig-Holstein und
162 in Sachsen, hat sich in Hamburg in
den letzten Jahren um die Hälfte erhöht,
während sie in einigen anderen Bundes-
ländern bis zu 40% zurückging. Auch
die Vollzugsgestaltung variiert: Die Be-
legung im offenen Vollzug liegt etwa in
Bremen und im Saarland bei null Pro-
zent, in NRW und Niedersachsen dage-
gen bei 16 bzw. 17%. Doch auch das ist
von den Mindeststandards, die die
Deutsche Vereinigung für Jugendge-



Zelle in der Jugendvollzugsanstalt Plötzensee: vier Jugendliche sind auf engstem Raum zusammengepfercht

richte und Jugendgerichtshilfe e.V. (DVJJ) fordert, weit entfernt. Der DVJJ hält den offenen Vollzug als Regelvollzug für unabdingbar. Darüber hinaus ist, von wenigen Ausnahmen vielleicht abgesehen, die Situation von inhaftierten jungen Menschen überall durch ähnlich trostlose Aspekte gekennzeich-
net: medizinische Verwaltung statt ärztliche Fürsorge, nächtliche Kontrollen, isolierende Absonderungen, ausufernde Disziplinarmaßnahmen, Waffen tragen-
de Bedienstete u.ä.m.

Die beiden Gesetzentwürfe für einen
Jugendstrafvollzug, die das Bundesjus-
tizministerium zunächst 2004 und dann
nach dem BVerfG-Urteil vorgelegt hat,
zeichnen sich zwar dadurch aus, dass sie
sich weniger an Defiziten der jungen
Straftäter als an der Entwicklungsfä-
higkeit junger Menschen orientieren
und deshalb viele Verbesserungen bein-
halten, z.B. Wohngruppenvollzug. Aber:
diese Verbesserungen sind fast durch-
gängig als Kann-Bestimmungen formu-
liert, können also, auch wenn sie so ver-
abschiedet würden, die herrschende
Praxis nicht zu wirklichen Änderungen
zwingen.⁸ Doch was jetzt aus den Län-
dern zu hören ist, fällt weit dahinter zu-
rück. Bedenklich stimmt bereits, dass
die Länder entgegen den Forderungen
der einschlägigen Verbände sich nicht
auf ein einheitliches Jugendstrafvoll-
zugsgesetz einigen wollen. Während
neun Bundesländer immerhin einen ge-
meinsamen Gesetzentwurf erarbeiten,
bestehen andere, Bayern, Baden-Würt-
temberg, Hessen, NRW, Niedersachsen,

Mindeststandards

Auf der Seite des DVJJ – <http://www.dvjj.de/> – fin-
det sich unter „Stellungnahmen“ ein Eckpunktep-
apier zum Jugendstrafvollzugsgesetz, unter „Themen-
schwerpunkte“ ist ein Forderungskatalog für „Min-
deststandards“ vom 13.2.07 dokumentiert, der von
zahlreichen Fachleuten und Verbänden getragen wird.
Die Initiatoren rufen zur Unterstützung auf. Wir be-
schränken uns aus Platzgründen auf die Dokumenta-
tion der programmatischen Überschriften, die darauf
verweisen, was derzeit im Jugendstrafvollzug eben
nicht gewährleistet ist..

- 1 Eigenständige Jugendstrafvollzugsgesetze
- 2 Vollzugsziel ist die Resozialisierung (Wiederein-
gliederung, Integration)
- 3 Umfassende Beteiligung der Gefangenen
- 4 Elternrechte wahren
- 5 Keine unbestimmte Pflicht zur Selbst-Resoziali-
sierung
- 6 Verbindliche Mitwirkung der Jugendhilfe

- 7 Umfassende Vernetzung des Vollzuges
- 8 Chancen für alle Gefangenen
- 9 Offenen Vollzug nutzen und ausbauen
- 10 Vollzugslockerungen & Vollzug in freien Formen
- 11 Rechtzeitig mit der Entlassungsvorbereitung be-
ginnen
- 12 Unterbringung in Einzelhaftsräumen; Wohngrup-
penvollzug
- 13 Eigenständige Jugendstrafanstalten
- 14 Besondere Situation von jungen Frauen und Mäd-
chen
- 15 Außenkontakte fördern
- 16 Recht auf Bildung
- 17 Sozialversicherungen
- 18 Konfliktregelung vor Disziplinierung
- 19 Keine Schusswaffen im Jugendstrafvollzug
- 20 Effektiven Rechtsschutz schaffen
- 21 Strafvollzugsbeauftragte
- 22 Wirksame Vollzugsgestaltung, Evaluation
- 23 Qualifiziertes und ausreichendes Personal

Hamburg, auf eigenen Entwürfen, die nichts Gutes verheißen, sondern mehr oder weniger die Praxis des Verwahrvollzugs in Gesetzesform zu gießen drohen. Über den hessischen Gesetzentwurf meldet die FAZ am 6.3., dass zwar „mehr Erziehung als Strafe“ vorgesehen sei, doch: „Der geschlossene Vollzug wird die Regel, der bisherige Anspruch auf Vollzugslockerung abgeschafft. Vergünstigungen soll es nur bei guten Leistungen geben.“ Der niedersächsische Entwurf stellt „Sicherheit und Resozialisierung als gleichwertige Ziele nebeneinander“. Auch hier wird der geschlossene Vollzug zum Regelvollzug, Gefangene können ohne ihre Zustimmung in Gemeinschaftszellen untergebracht werden usw. Der Hamburger Justizsenator, der vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf durchbringen will, findet es „überspitzt“, ein Recht auf Bildung im Gesetz festzuschreiben.

Die in diesen Entwürfen zum Ausdruck kommende Haltung ist dadurch gekennzeichnet, dass sie Gefangene, auch jugendliche Gefangene, nicht als Menschen mit Rechten betrachten. Sie suchen den Strafvollzugsbehörden ein weites Ermessen einzuräumen. Die notwendige Stärkung der straffällig gewordenen Jugendlichen bestünde aber gerade darin, ihre Rechte festzuschreiben, ihnen durch Rechtsansprüche garantierte Entfaltungsmöglichkeiten einzuräumen und der staatlichen Gewalt ihnen gegenüber Grenzen zu ziehen.

Christiane Schneider

1 Der Deutsche Jugendgerichtstag 2004 monierte allgemein, dass die Grundlagen und praktischen Handlungsfelder intransparent sind, weil es an Wissen selbst über Basisdaten der Jugendkriminalrechtspflege fehlt. Verweise auf Untersuchungen über die Rückfälligkeit speziell Jugendlicher sind in den Fachpublikationen wenig zu finden. Ostendorf verweist auf eine 2003 erschienene Untersuchung, die vom BMJ herausgegeben wurde und die den Zeitraum 1994 bis 1999 umfasst. Danach beträgt die Rückfälligkeit von Jugendlichen bei Verbüßung einer Jugendstrafe ohne Bewährung 77,8%, bei einer Jugendstrafe mit Bewährung 59,6%, bei Arrest 70%, bei ambulanten Sanktionen 31,6%. Wiedergegeben nach Prof. Dr. Heribert Ostendorf, Gegen die Abschaffung des Jugendstrafrechts oder seiner Essentialia, NSTZ 2006 Heft 6. 320 ff., www2.jura.uni-hamburg.de/.../%DCbung_Ostendorf%20NSTZ%202006_320.pdf

2 JM BW, www.jum.baden-wuerttemberg.de

3 Nach: Prof. Dr. Heribert Ostendorf, a.a.O.

4 Prof. Dr. Heribert Ostendorf, a.a.O.

5 PE vom 26.7., www.humanistische-union.de/

6 www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/598331/

7 Ende Januar hatte eine vom Hamburger Innenminister Nagel einberufene „Fachkonferenz“ einen schaurigen Maßnahmenkatalog gefordert, von der „Veränderung des Haftrechts, um die Inhaftnahme jugendlicher Gewalttäter zu erleichtern“, über die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf 18- bis 20-Jährige, die „Einführung eines ‚Warnschussarrestes‘ bis zum ‚Programm gegen Schulschwänzer‘“.

8 Siehe Klaus Jünschke, Jugendstrafvollzugsgesetz und wachsende soziale Ungleichheit, www.klausjuenschke.de/

Italien

Regierungskrise beendet – Linke zahlt einen hohen Preis

Mit den erfolgreichen Vertrauensabstimmungen im Senat und in der Abgeordnetenversammlung ist die italienische Regierungskrise zu Ende. „Prodi-bis“ („Prodi-Zugabe“) regiert mit der bisherigen Mitte-Links-Koalition und den bisherigen Ministern weiter. Manche mögen denken: Alles wie gehabt, in Rom gehören Regierungskrisen halt dazu. Aber es ist, wie es immer war: „Regierungskrisen“ sind Machtkämpfe, in denen Kräfteverhältnisse getestet und Regierungspolitik neu justiert wird. Vielleicht war das nicht allen Akteuren bewusst, die am Aschermittwoch im Senat die Regierungskrise auslösten, aber einigen sehr wohl.

Dort erhielt der Bericht des Ministers D'Alema zur Außenpolitik keine Mehrheit. Der eh nur hauchdünne Vorsprung der Mitte-Links-Koalition im Senat war weg, als einige der „Senatoren auf Lebenszeit“ (so der frühere christdemokratische Ministerpräsident Andreotti und Sergio Pininfarina als Repräsentant des Industriellenverbands) die Zustimmung verweigerten. Hinzu kamen aber auch zwei Senatoren aus der Regierungskoalition: Franco Turigliatto von Rifondazione comunista bzw. von der trotzkistischen Richtung Sinistra critica in Rifondazione und Fernando Rossi, der seinerzeit auf der Liste der Partei der italienischen Kommunisten (PdCI) in den Senat gewählt wurde. Diese hatte sich 1998 von Rifondazione abgespalten, als die erste Regierung Prodi – formal an der Einstellung der Unterstützung durch Rifondazione – zu Fall kam. Die Begründung Turigliattos für das Abstimmungsverhalten war die italienische Unterstützung für den Afghanistan-Einsatz der Nato (und weitere Punkte wie die Unterstützung Prodis für die umstrittenen Bahnschnellstrecken durch die Alpen und den Ausbau des US-Stützpunkts in Vicenza).

Berlusconi und die rechte Opposition reagierten auf die Regierungskrise mit

der Forderung nach Neuwahl, dann nach großer Koalition. Sie mussten aber im Verlauf der zweiwöchigen Krise registrieren, dass die Rechte derzeit nicht die nötige Unterstützung für eine Rückkehr an die Regierung findet, auch nicht bei der Industrie.

Gleichwohl hat sich in diesen zwei Wochen die Achse der Regierungspolitik verschoben. Das ist an den „Zwölf Punkten“ ablesbar, die Prodi den Parteien der Regierungskoalition ultimativ als Bedingung für die weitere Zusammenarbeit vorlegte. Mit dem möglichen Ende der Mitte-Links-Koalition vor Augen haben alle beteiligten Parteien umgehend und ohne erkennbare Debatte diesem Katalog zugestimmt. Insbesondere auf der Linken gibt es Einschätzungen, dass damit eine Art Kapitulationserklärung unterzeichnet wurde. Das bezieht sich sowohl auf inhaltliche Festlegungen als auch auf die weitgehende Machtposition, die sich Prodi damit verschafft hat. Und auch wenn das 280-seitige Regierungsprogramm formal weiter gilt, so sind mit den 12 Punkten doch deutliche Signale an bürgerliche Kreise, Vatikan und Nato-Bündnispartner gesetzt.

Im ersten Punkt werden alle Verpflichtungen aus internationalen Institutionen, ausdrücklich auch der Einsatz in Afghanistan, bekräftigt. Die Infrastrukturpläne, wozu auch die Hochgeschwindigkeitsstrecken zählen, sollen schnell realisiert werden. Dagegen fehlt in beredter Weise ein von der katholischen Kirche bekämpftes Anliegen: die gesetzliche Regelung der Rechte eheähnlicher, auch gleichgeschlechtlicher, Gemeinschaften.

Etliche Punkte des Katalogs – auch solche, die in der politischen Auseinandersetzung umstritten sind wie Schulpolitik, Familienpolitik u.a. – sind sehr vage und allgemein gehalten. Das könnte man auf den ersten Blick für undramatisch halten. Anders stellt sich die

Über 100.000 Menschen demonstrierten am 17.2. gegen den Ausbau der US-Basis in Vicenza. Aufgerufen hatten linke Parteien, Gewerkschaften, Friedensgruppen, Pfadfinder und viele andere. Hier, wo Nato-Bomber 1999 die Angriffe gegen Jugoslawien starteten, soll der größte Militärstützpunkt in Europa entstehen, ein Stützpunkt zur Kontrolle des Balkan und des Nahen Ostens.



Sache aber vor dem Hintergrund des zwölften Punktes dar, wo „dem Ministerpräsidenten die Autorität zuerkannt (wird), die Regierungsposition auch im Streitfall in einheitlicher Weise auszu-drücken“.

Von diesem Ausgang der Regierungskrise her gesehen drängt sich der Eindruck auf, dass hier eine politische Operation im Gange war, die zwar nicht zur Rückkehr der Rechten an die Regierung geführt hat (dafür ist die Lage nicht reif), aber doch zu einer Einschränkung der Spielräume und zu einer Disziplinierung der Linken in der Regierung geführt hat. Mit Sicherheit haben hier gewiefte Senatoren auf Lebenszeit ihre entscheidenden Stimmen ausgespielt.

Rifondazione ist ausgesprochen kalt erwischt worden. Das Abstimmungsverhalten des Senators Turigliatto, keineswegs der einzige auslösende Faktor der Regierungskrise, wurde in größeren Teilen der Anhängerschaft mit dem Sturz der ersten Regierung Prodi in Verbindung gebracht. Die Parteiführung stand tagelang unter massivem Druck, nicht erneut für das Scheitern einer Regierungskoalition und die Rückkehr der Rechten an die Regierung verantwortlich gemacht zu werden. Sie reagierte auf dem Höhepunkt der Krise damit, die ganze Partei mit Flugblättern unter dem Motto „Die Regierung Prodi muss weitermachen“ auf die Straße zu schicken. Und eben auch mit der Hinnahme von Prodis Disziplinierungsumstimmung.

Turigliatto, der wie auch Rossi in der neuerlichen Vertrauensabstimmung für Prodi stimmte, ist aus der Fraktion der kommunistischen Senatoren ausgeschieden und hat angekündigt, den Senat zu verlassen. Das „Garantiekollegium“ der Partei hat ihn mit 14 zu 6 Stimmen für zwei Jahre aus der Partei ausgeschlossen. Begründung war unter Bezug auf das Statut die „schwerwiegende Verletzung der Verpflichtung, sich im öffentlichen Amt rigoros an die Ausrichtung der Partei anzupassen“ und der „schwerwiegende Schaden, der der Parteiorganisation zugefügt wurde“. Turigliatto seinerseits wirft der Parteiführung vor, ihn als Sündenbock zu benutzen, weil das Vorhaben, die Regierungspolitik nach links zu orientieren, gescheitert sei.

Nun ist ein Ausschluss vor allem eine demonstrative Geste nach innen und außen. Die realen Probleme werden dadurch nicht gelöst. Rifondazione spürt selbst ein Bröckeln der Zustimmung in der Anhängerschaft im Zug der Regierungsbeteiligung; und muss Schwierigkeiten einräumen, auf die Regierungspolitik prägenden Einfluss zu nehmen, was noch durch die Existenz zweier kommunistischer Parteien in der Regierung verstärkt wird. Immerhin gab es in den letzten Tagen auch einige Anzeichen, dass sich die Diskussion auf diese wichtigen Probleme zu bewegt. *rok*

Öcalans Anwälte: Unser Mandant wird vergiftet

Als Anwälte von Herrn Abdullah Öcalan aus Italien und der Türkei geben wir mit dieser Pressekonferenz erstmalig die Ergebnisse der Arbeit der letzten drei Monate der Öffentlichkeit bekannt.

Laboruntersuchungen der Haarproben von Herrn Öcalan zeigen eine Konzentration der Elemente Strontium und Chrom, die deutlich über den Normalwerten liegt. Aus Sicherheitsgründen wurden diese Untersuchungen ohne Offenlegung der Identität des Probanden durchgeführt. Die Testergebnisse wurden von dem sachverständigen Labor als Anzeichen einer chronischen Vergiftung identifiziert.



In Kurdistan und in zahlreichen europäischen Städten brachten Kurden mit Demonstrationen ihre Sorge um das Leben Öcalans zum Ausdruck (Bild: Frankfurt)

Vor einer Woche wurden diese Ergebnisse sowohl dem Menschenrechtskommissar des Europarates als auch dem Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) vorgelegt. Beide wurden ersucht, in dieser Sache zu intervenieren. Obwohl noch keine Reaktion sichtbar wurde, sind wir der tiefen Überzeugung und hegen die Erwartung, dass diese Institutionen sensibel reagieren werden.

Wir, die Anwälte von Herrn Öcalan, sind ernsthaft besorgt über die Ergebnisse der Analyse der Proben, die unter extrem schwierigen Bedingungen gewonnen wurden. Bis jetzt wissen wir nicht, woher diese Elemente in ihrer alarmierend hohen Konzentration stammen, seit wann sie in dieser Menge vorhanden sind und welche Auswirkungen sie auf unseren Mandanten haben. Wir gehen jedoch davon aus, dass das Leben unseres Mandanten hochgradig gefährdet ist. Wir glauben, dass die vorliegenden wissenschaftlichen Ergebnisse diese Befürchtung rechtfertigen.

Unter den gegebenen Umständen bleibt uns nichts, als die Aufmerksamkeit auf diesen Aspekt der Tatsachen zu lenken. Es ist absolut notwendig, dass die vorliegenden Ergebnisse von einer unabhängigen und internationalen Expertendelegation untersucht werden und eine neue Analyse unter besseren Bedingungen durchgeführt wird, so dass die Situation vollständig aufgeklärt werden kann. Wir bestehen darauf, dass eine solche Untersuchung ohne Verzögerung sofort durchgeführt wird.

Die Verantwortung für Leben und Gesundheit von Herrn Öcalan liegt in den Händen der Regierung der Republik Türkei. Seit dem 15. Februar 1999 ist Herr Öcalan im Ein-Personen-Gefängnis Imrali inhaftiert, das von einem militärischen Sperrgebiet von fünf Meilen umgeben ist und den Status eines Hochsicherheitsgefängnisses hat. Vor seiner Inhaftierung auf der Gefängnisinsel Imrali hatte Herr Öcalan keinerlei ernsthafte gesundheitliche Probleme. In der Folgezeit haben sich jedoch seine gesundheitlichen Probleme vermehrt und verschärft. Die notwendigen nationalen und internationalen Institutionen und NGOs sowie die Öffentlichkeit und die Behörden der Türkei wurden wiederholt über die gesundheitlichen Problemen unseres Mandanten informiert. Leider müssen wir Ihnen sagen, dass die nationalen und internationalen Gesundheitsorganisationen keinen ernsthaften und verantwortungsvollen Umgang mit diesem humanitären Problem gezeigt haben. Die türkischen Verantwortlichen antworteten immer wieder, dass regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen stattfänden und keine ernsthaften Probleme vorlägen.

Die Ihnen hier vorgelegten Untersuchungsergebnisse zeigen jedoch, dass diese offiziellen Informationen falsch und nicht vertrauenswürdig sind. Aus diesem Grund rufen wir die Regierungsbehörden der Türkei dringend auf, angesichts der vorliegenden wissenschaftlichen Ergebnisse verantwortungsbewusst zu handeln und erwarten, dass sie einer internationalen Expertendelegation bei ihren notwendigen Untersuchungen auf der Gefängnisinsel Imrali jede Unterstützung gewähren.

Wir wenden uns an die Vereinten Nationen, den Europarat, das CPT und alle zuständigen Institutionen. Wir fordern, dass eine unabhängige internationale Delegation aus Fachleuten unverzüglich zur Gefängnisinsel Imrali aufbricht und eine vollständige Untersuchung des Gesundheitszustands unseres Mandanten vornimmt. Auch wir werden der Sache weiter nachgehen und alle erforderlichen rechtlichen Schritte unternehmen.

Rom, 1.3.2007, Im Namen der Anwälte aus Italien und der Türkei

Rechtsanwalt Mahmut Sakar

Quelle: ISKU



Rund 60.000 Menschen demonstrierten am 24. Februar in London gegen Krieg und Aufrüstung. Im Mittelpunkt stand neben dem Irak-Krieg und dem drohenden Angriff auf Iran die Absicht der britischen Regierung, die Atom-U-Boote durch eine neue Generation zu ersetzen bzw. die alten nachzurüsten. Großbritannien verfügt über vier Atom-U-Boote, die mit ballistischen Raketen des Typs „Trident II D5“ bestückt sind. Das Trident-II-System wurde 1994 in Betrieb genommen und es wird 2020 auslaufen. Da die Aufstellung eines neuen Systems sehr viel Zeit benötigt, wird die Entscheidung darüber in der nächsten Zeit fallen. Im Dezember hatte die Regierung ein so genanntes „White Paper“ zur Verteidigungspolitik veröffentlicht, in dem sie sich für Erneuerung bzw. Ersetzung des Systems aussprach. Ins Feld wird geführt, dass man sich gegen alte und neue Bedrohungen wie z.B. aus China oder Pakistan, Iran und Nordkorea oder durch den „internationalen Terrorismus“ absichern müsse. Die Demonstration bildete einen vorläufigen Höhepunkt der Kritik an diesem Vorhaben. Im „Heimathafen“ der U-Boote, Faslane/Schottland, finden seit Oktober letzten Jahres so genannte „rollende Blockaden“ statt, in deren Verlauf bisher mehr als 500 Menschen festgenommen wurden. (Quelle: Indymedia GB)

USA-Iran: Kriegsgefahr wächst, aber US-Führung offenbar tief gespalten

Das Magazin New Yorker berichtet, dass die vom Pentagon eingesetzte Arbeitsgruppe, die Luftschläge gegen den Iran planen soll, in letzter Zeit die Anweisung erhalten habe, sich auf iranische Ziele zu konzentrieren, die etwas mit Nachschub oder Hilfe für Militante im Irak zu tun haben könne. Derweil ist die zweite Flugzeugträgerflotte im Golf eingetroffen. Vizeadmiral Walsh, Kommandeur der Fünften Flotte, drohte: „Sollten die Schiffe angegriffen oder Länder in der Region zum Zielobjekt werden oder sollten US-Soldaten direkt angegriffen werden, wird Amerika militärische Aktionen durchführen.“ Doch offensichtlich vertieft sich die seit geraumer Zeit andeutende Spaltung der politischen und militärischen Führung, je mehr die Gefahr der militärischen Eskalation des Konflikts mit dem Iran wächst. Während sich die Kriegstreiber vor allem durch Vizepräsident Cheney vertreten sehen, der immer wieder die militärische Option propagiert, warnt Verteidigungsminister Gates mehrfach vor einem Angriff auf Iran. U.a. die Sunday Times (25.2.) berichtet unter Berufung auf Armee- und Geheimdienstkreise, dass bis zu fünf Generäle bzw. Admirale für den Fall eines Angriffs auf

Iran ihren Rücktritt angekündigt haben. US-Generalstabschef General Peters hatte demonstrativ Geheimdienstbehauptungen relativiert, die iranische Regierung versorge Aufständische im Iran, und er sagte, es bestünden „null Chancen“ für einen Krieg gegen Iran. Außenministerin Rice sagte die Beteiligung der USA an zwei internationalen Irak-Konferenzen zu, an denen auch Syrien und der Iran teilnehmen.

Kanada schafft Anti-Terror-Gesetz ab

Mit 159 zu 124 Stimmen hat das kanadische Parlament die Verlängerung des Anti-Terrorismus-Gesetzes abgelehnt. Beschlossen worden war das mit einer Auslaufklausel versehene Gesetz nach dem 11. September. Die Entscheidung des Parlaments, von der Klausel Gebrauch zu machen, erfolgte nach der Intervention eines Gerichtes in Ontario, das eine Neudefinition des Begriffs „Terrorismus“ verlangt hatte mit der Begründung, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung bedroht sei, wenn jeder, der radikale Ansichten über den Islam vertrete, schon als Terrorist gelte. In der Woche vor der Abstimmung hatte der Oberste Gerichtshof der Regierung zudem untersagt, Personen aufgrund von geheimdienstlich erlangten, nicht veröffentlichten Beweisen länge-

re Zeit ohne konkrete Anklage festzuhalten. Die konservative Minderheitsregierung gab nach der Niederlage bekannt, umgehend ein neues „Anti-Terror-Gesetz“ vorlegen zu wollen. (Quelle: heise)

Tschechien: Mehrheit gegen US-Radaranlage

Parallel zur Abwehrraketenbasis in Polen wollen die USA eine Radaranlage in Tschechien errichten. Darüber gibt es seit Monaten eine heftige öffentliche Diskussion. Während die Parteien der rechten Regierungskoalition die Pläne befürwortet, lehnen die oppositionellen Sozialdemokraten und Kommunisten die Anlage ab. Eine Umfrage zeigte nun, dass 61% der Bevölkerung Tschechiens die Stationierung ebenfalls ablehnen. 73% unterstützen die Forderung nach einem Referendum. (Quelle: DW)

Renault: Gewerkschaften fordern Untersuchung der Arbeitsbedingungen

Nach dem dritten Suizid innerhalb von vier Monaten im Technozentrum von Renault bei Paris fordern die Gewerkschaften CGT und SUD eine Untersuchung der Arbeitsbedingungen. Sie machen den ungeheuren Termindruck, den „Dreijahres-Plan“ von Renault in der Modellpolitik sowie ein neues Managementsystem und neue Überwachungsmethoden gegen die Beschäftigten direkt verantwortlich für die Selbstmorde. Im Forschungs- und Entwicklungszentrum von Renault sind 12.500 Angestellte – ein großer Teil hoch qualifizierte Ingenieure und Techniker – mit der Entwicklung neuer Modelle beschäftigt. Ende Januar hatten 600 bis 800 Beschäftigte einen Schweigemarsch für zwei Kollegen durchgeführt, die im Dezember und Januar ihrem Leben auf dem Firmengelände ein Ende gesetzt hatten. Im Februar nahm sich ein 38-jähriger Ingenieur das Leben. Er erhängte sich in seiner Wohnung. In seinem Abschiedsbrief machte er Renault verantwortlich für seine Entscheidung. Die Staatsanwaltschaft von Versailles hat Ermittlungen aufgenommen, deren Gegenstand auch die Arbeitsbedingungen im Technozentrum sein sollen. mapwww.heise.de/tp/r4/artikel/24/24704/1.html

Sozialer Protest in Portugal

Rund 100.000 Menschen demonstrierten am 2. März in Lissabon auf Aufruf der Gewerkschaften gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitte-Links-Regierung, vor allem gegen Steuererhöhungen und Kürzungen im Gesundheitswesen. Sie forderten höhere Löhne und Renten und ein Ende der Kürzungspolitik.

Zusammenstellung: scc

KÖLN. Die Demonstration am 3. März 2007 gegen Pro Köln und für eine Stadt ohne Rassismus und Faschismus war nach Meinung der Bezirksschülervertretung und der Initiative „Schüler gegen Rechts“ ein voller Erfolg. Rund 1.800 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich an dieser und gingen trotz schlechten Wetters auf die Straße. Doch die Demo soll nicht das Einzige gewesen sein; das Bündnis „Schüler gegen Rechts“ trifft sich, um weitere Schritte zu planen und die Demo auszuwerten.

<http://bsv-koeln.lsvnw.de/>



Aktionen für gesetzlichen Mindestlohn und Regelsatzerhöhung

BERLIN. Rund um den Internationalen Frauentag, vom 7. bis 10. März, plant ver.di Flaggenhiss-, Straßenbahn- und sonstige Verteilaktionen für den gesetzlichen Mindestlohn. Diese werden in mehreren Städten wie München, Berlin, Schwerin, Kassel, Halle, Braunschweig und Göttingen stattfinden. Außerdem in Rheinland-Pfalz, im Raum Bamberg-Würzburg und an anderen Orten. Das Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) will durch Absprachen vor Ort und eigene Präsenz versuchen, dass gemeinsam mit der Forderung nach gesetzlichem Mindestlohn auch die nach der notwendigen Regelsatzerhöhung laut wird. Die gesamte Kampagne wird als Hauptforderungen die Forderungen nach einer Erhöhung des Alg II-Regelsatzes und nach einem gesetzlichen Mindestlohn haben. Außerdem werden u.a. das Recht auf Mobilität durch die Forderung nach einem Sozialticket gestellt, und die Abschaffung des durch Hartz IV geschaffenen Arbeitszwangs soll thematisiert werden.

www.die-soziale-bewegung.de

Berechnung des Kinderexistenzminimums angezweifelt

HILDESHEIM. Die Nationale Armutskonferenz (nak) zweifelt stark an den Berechnungen, die zum 6. Existenzminimumsbericht der Bundesregierung führen. Dass das Existenzminimum 2008 im Wert genauso wie im Jahr 2003 gleich geblieben sei, kann bei neu hinzugekommenen Belastungen (Zuzahlungen bei Medikamenten und Ersatzmitteln wie Brillen) durch die Gesundheitsreform 2004 und durch den Kostenanstieg für die Lebenshaltung, für Wohnen, für Energie und zuletzt durch die Mehrwertsteuererhöhung niemandem erklärbar vermittelt werden. Da gleichzeitig die Arbeitsnehmereinkommen stagnierten und sogar zurückgingen, ist für viele Familien die Situation prekär ge-

worden. Eltern müssen immer mehr von ihrem versteuerten Einkommen als Unterhaltsleistungen an die Kinder weiterreichen. Nicht umsonst sind gerade Familien mit zwei und mehr Kindern von Armut bedroht, weil staatliche Leistungen wie Lernmittelfreiheit, Zuschüsse für Schülerbeförderung etc zurückgenommen werden – gleichzeitig von allen Kindern aber Bildungsanstrengungen erwartet werden, die zwar mental erbracht werden müssen, aber materielle Leistungen voraussetzen. Für studierende Kinder legen Eltern zudem jetzt Studiengebühren von jährlich 1.000 Euro hin, die wohl auch keinen Eingang in die Berechnungen des Kinderexistenzminimums gefunden haben!

www.nationale-armutskonferenz.de

„Sieben Wochen leben mit Hartz IV“

HANNOVER. „Sieben Wochen ohne ...“ ist seit vielen Jahren das Motto der Evangelischen Kirchen in der Fastenzeit vor Ostern. Freiwillig schließen sich viele Menschen diesem Motto an, indem sie sieben Wochen auf liebgewonnene Genüsse, Gewohnheiten und satte Bequemlichkeit verzichten. Mit der Aktion „Sieben Wochen leben mit Hartz IV“ will das Diakonische Werk der Landeskirche Hannovers ein Stück weitergehen. An verschiedenen Standorten können sich Haushalte zur Teilnahme anmelden. Sie können am eigenen Leib erfahren, was es bedeutet, als Alleinstehender mit 345 Euro für den Lebensunterhalt auskommen zu müssen. Es geht bei der Aktion darum, einen Einblick in diese Lebensbedingungen zu ermöglichen.

www.leben-mit-hartz-iv.de

2. deutsches Sozialforum Okt. 2007

COTTBUS. Zum wiederholten Male tagte die bundesweite Vorbereitungskonferenz zur Vorbereitung des 2. deutschen Sozialforums. Vom 18. bis 21. Oktober werden in Cottbus bis zu 2000 Teilnehmer am 2. deutschen Sozialforum in Cottbus erwartet. Menschen aus allen Teilen der

Bundesrepublik, aber auch aus den Nachbarländern Polen und Tschechien wollen vier Tage über globalisierungskritischen Themen diskutieren. Schwerpunktthemen sind dabei „Arbeitswelt und Menschenrechte“, „ein anderes Europa ist möglich“, „die Lausitz in Europa“, „für eine deutsche Politik des Friedens“, „Teilhabe und Wiederaneignung“, „ökologische und soziale Verantwortung“ und „anders Leben – für eine lebenswerte Welt“.

www.sozialforum2007.de

Nazigedenken in Halbe misslungen

HALBE. Deutlich weniger Neonazis als in den Vorjahren demonstrierten am 3. März 2007 in Halbe. Nach stundenlangem Herumstehen im Regen waren viele der aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten Rechtsextremisten schlicht vorzeitig nach Hause gefahren. Am eigentlichen „Trauermarsch“ für die 1945 im Kessel von Halbe gefallenen deutschen Soldaten am späten Nachmittag nahmen nur etwa 150 Neonazis teil. Obendrein blieb ihnen die geplante Strecke bis zum Friedhofsvorplatz versagt: Das Obergericht Berlin-Brandenburg hatte strikte Auflagen erteilt, weil sonst „mit dem Aufzug an Formen oder Inhalte nationalsozialistischen Heldengedenkens angeknüpft“ werden könnte. Doch auch der Widerstand gegen die Neonazis fiel kleiner als sonst aus. An den Gegenkundgebungen beteiligten sich insgesamt etwa 150 Menschen. Als der Nazi-Marsch aufbrach, drängte die Polizei eine Blockade von Gegendemonstranten zurück. Trotzdem verzögerte sich der Aufzug um eine weitere Viertelstunde: Drei Antifaschisten hatten sich an Seilen über die Straße gehängt. Die Polizei musste erst eine Hebebühne heranschaffen, um sie dort wegzubekommen. Ihr Transparent „NS-Verherrlichung stoppen“ blieb in den Seilen hängen. Die Nazis mussten zu ihrem Ärger dann darunter hindurch laufen.

Neues Deutschland, www.inforiot.de

Flüchtlingsrat schreibt Offenen Brief an ArbeitgeberInnen

KIEL. Arbeit suchen oder eine Ausbildungsstelle finden – vor diesen Herausforderungen stehen zurzeit diejenigen langjährig geduldeten Flüchtlinge, die ein Bleiberecht nach dem Bleiberechtsbeschluss der Herbstkonferenz der Innenminister anstreben. Betroffene und Beratungseinrichtungen klagen mit Blick auf die kurze Frist der Regelung indes über eine zeitaufwendige Entscheidungspraxis bei den Behörden. Die Folge ist, dass in den ersten 100 Tagen der Bleiberechtsregelung bisher kaum Aufenthaltserlaubnisse erteilt worden sind. Der Flüchtlingsrat wandte sich in diesen Tagen mit einem Offenen Brief an Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Schleswig-Holstein. www.infonet-frsh.de.

Hungerstreik gegen rassistische Sonderbehandlung

FRANKFURT/ODER. Anfang Februar blockierten mehr als 20 Flüchtlinge das Einfahrtstor zum Asylheims in Frankfurt (Oder). Sie lehnten es kollektiv ab, für den aktuellen Monat Bezugscheine abzuholen und traten in den Hungerstreik. Damit protestieren sie gegen den Gutscheinzwang und die intransparente Politik des Sozialamtes bei der Vergabe sog. Kontoblätter. In der Kleiststadt an der Oder dürfen MigrantInnen die Gutscheine nur in einer Frankfurter REAL-Filiale umtauschen. Die Blockade wurde ohne viel Aufsehen in der Öffentlichkeit durch die Polizei aufgelöst. Das Sozialamt forderte die Flüchtlinge auf, innerhalb von drei Tagen einen Antrag zu stellen, in dem sie begründen, warum sie Bargeld statt Gutscheine möchten. Eine Antwort wird am 7.3. erwartet. Bis dahin ist der Hungerstreik ausgesetzt. Der Streit um die Gutscheine eskalierte bereits Anfang des Jahres, als damit der Einkauf von Telefonkarten in der Supermarktkette REAL nicht mehr möglich war. www.ostblog.de

Internationale Beobachtung beim Oury-Jalloh-Prozess

DESSAU. Am 27. März wird der Prozess gegen zwei Polizeibeamte am Landgericht Dessau eröffnet. Sie sollen für den Tod des 21-jährigen Asylbewerbers Oury Jalloh verantwortlich sein, der im Januar 2005 an Händen und Füßen gefesselt in einer Polizeizelle verbrannte. Die „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“ organisiert eine internationale Beobachtung des Prozesses. Unter den ProzessbeobachterInnen werden RechtsanwältInnen, MenschenrechtsaktivistInnen sowie Betroffene von Rassismus sein, unter ihnen die Autorin Rosa Plumelle-Urbe aus Frankreich, Suresh Grover aus London, der Politikwissenschaftler Wolf-Dieter Narr und der Rechtsanwalt Rolf Gössner. Geplant ist auch, dass ein

Rechtsanwalt aus Südafrika nach Dessau kommt. Ein Teil der Kosten wird von verschiedenen Stiftungen getragen. Dennoch ist die Initiative auf großzügige Spenden angewiesen, sonst droht das gesamte Projekt der Prozessbeobachtung zu scheitern. www.plataforma-berlin.de
Spenden bitte an: Antirassistische Initiative, Bank für Sozialwirtschaft, Konto-Nr.: 3039600, BLZ: 100 205 00, Stichwort: Dessau.

17. bis 25. März 2007: Internationale Woche gegen Rassismus

DARMSTADT. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte nahm am 1. März 2007 in Wien ihre Arbeit auf. Sie ersetzt mit erweitertem Mandat die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die bisher die Daten und Fakten zu Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der EU zusammengetragen hat. In Wien wurden die aktuellen Zahlen präsentiert. Danach haben Rassismus und Fremdenfeindlichkeit europaweit zugenommen. In Deutschland war in den Jahren von 2001 bis 2005 eine Steigerung von etwa 10% zu beklagen. Insgesamt verzeichnete das Innenministerium im Jahr 2005 knapp 16.000 rassistisch motivierte Straftaten. Die Bundesregierung agiere aktuell widersprüchlich: Zivilgesellschaftliches Engagement finde eine bescheidene finanzielle Unterstützung und zugleich seien aktuell drastische Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht vorgesehen. www.interkultureller-rat.de

Kinderhilfe Afghanistan gegen Tornado-Einsatz der Bundeswehr

BERLIN. Der Einsatz deutscher Tornados wird die Sicherheit der nur noch wenigen zivilen Hilfsorganisationen und Projekte in den Süd- und Ostprovinzen Afghanistans gefährden, so die „Kinderhilfe Afghanistan“. Ihre Projekte befinden sich ausschließlich in diesen Gebieten. Jahrelange mühevolle und erfolgreiche Aufbauarbeit insbesondere im Bildungsbereich für Mädchen droht zu scheitern. Mit weniger als der Hälfte der jährlichen Kosten für den ISAF- und OEF-Einsatz wäre der Bau ausreichender und qualifizierter regulärer Schulen samt Unterhalt für zehn Jahre möglich. Allein die Kosten des Tornado-Einsatzes für 2007 würden den Bau von ca. 1000 Schulen decken. www.kinderhilfe-afghanistan.de

Appell an Bundeskanzlerin Merkel: Krieg gegen den Iran verhindern!

BERLIN: „Tun Sie alles Ihnen Mögliche, um einen Krieg der USA gegen den Iran zu verhindern“ – mit diesem Appell wandten sich am 19.2.2007 namhafte Wissenschaftler, Mediziner und Friedensforscher in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel. Die Unterzeichner des Briefes bitten Bundeskanz-

lerin Angela Merkel wegen Gefahr im Verzug sofort zu handeln: „Erteilen Sie im Namen Deutschlands dem Einsatz von militärischer Gewalt gegen den Iran eine unmissverständliche Absage. Fordern Sie die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, sich in gleicher Weise zu äußern. Treten Sie für neue Verhandlungen mit der iranischen Führung ohne Vorbedingungen ein und berücksichtigen Sie dabei die rechtliche Grundlage des Atomwaffensperrvertrages. Setzen Sie sich für den baldigen Beginn einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten ein, um damit den friedlichen Dialog in der Region zu eröffnen.“ www.ipnnw.de

Demonstration zu EU-Bildungsminister-Gipfel in Heidelberg

HEIDELBERG. Aus Anlass des EU-Bildungsminister-Gipfeltreffens in der Heidelberger Stadthalle fand am 1. März 2007 eine große Demonstration „für freie und kostenlose Bildung“ statt. Das Thema der Kundgebung war: „Freie Bildung für alle! Bildung ist ein Menschenrecht!“ Zahlreiche bunte Spruchbänder, Fahnen und Sprechchöre warteten vor einer weiteren „Verwirtschaftlichung“ der Bildung und einer daraus erwachsenen „Zweiklassengesellschaft“. Veranstalter der beeindruckenden Demonstration war das „Bündnis für freie Bildung“ aus Heidelberg. www.heidelberg.igim.de

Zwei Volksbegehren zur Stärkung des Volksentscheids erfolgreich

HAMBURG. Bereits vier Tage vor Ablauf der Frist am 5. März stand fest, dass die beiden Volksbegehren „Rettet den Volksentscheid“ und „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ erfolgreich waren, das heißt die notwendigen knapp 61.000 gültigen Stimmen abgegeben worden waren. In den beiden Volksbegehren, die von Mehr Demokratie, SPD, GAL, FDP, der Linken und vielen anderen unterstützt worden waren, ging es erstens darum, die vom CDU-Senat hochgesetzten Hürden – so wurden Straßensammlungen nicht mehr zugelassen – wieder zu senken. Außerdem sollte der Praxis der CDU, die praktisch noch jedes Ergebnis von Volksgesetzgebungsverfahren prompt rückgängig gemacht hatte, die städtischen Krankenhäuser entgegen dem Volksentscheid doch verkauft, das durch Volksentscheid beschlossene Wahlrecht nach eigenem Gusto geändert hatte, ein Riegel vorgeschoben werden. Nach dem großen Erfolg steht jetzt ein neuer Konflikt ins Haus: Der Senat liebäugelt damit, die nächste Stufe, den Volksentscheid, in den Herbst zu legen, um die Zusammenlegung mit dem Wahltermin im Februar 2008 zu vermeiden. Er hofft wohl, das für den verfassungsändernden Entscheid nötige Quorum von 50% der Wahlberechtigten so verhindern zu können. **sec**

Hamburger SPD in der offenen Krise

Von Joachim Bischoff und Bernhard Müller

Die Mitgliederbefragung der Hamburger SPD zur Spitzenkandidatur für die Bürgerschaftswahl 2008 ist gescheitert. „Wir haben die Wahl abgebrochen, weil Briefwahlstimmen fehlten, und für uns nicht erklärbar war, warum“, sagte SPD-Chef Mathias Petersen. Insgesamt sind nach SPD-Angaben 1.459 Briefwahlstimmen abgegeben worden. In der Urne befanden sich aber nur rund 500 Wahlzettel. Ungefähr 1000 Briefwahlstimmen waren nicht auffindbar.

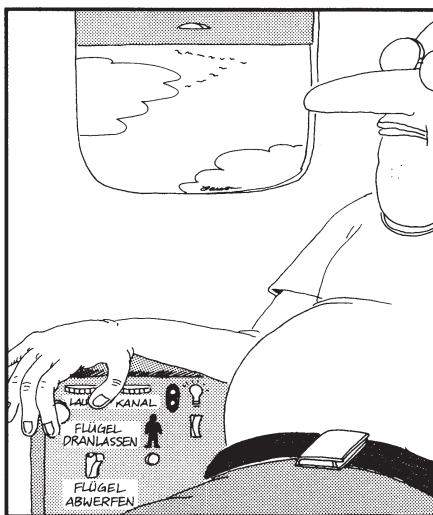
Die rund 11.500 Sozialdemokraten in der Hansestadt haben am Sonntag, den 25. Februar, darüber abgestimmt, ob der Landesvorsitzende Petersen oder seine Stellvertreterin Dorothee Stapelfeldt gegen Hamburgs CDU-Bürgermeister Ole von Beust (CDU) antreten soll. Es hat eine hohe Wahlbeteiligung gegeben, worauf auch die beträchtliche Anzahl von Briefwahlstimmen hindeutet. Ob die verschwundenen Briefwahlstimmen ein mögliches Endergebnis entscheidend beeinflusst hätten, ist völlig unklar.

Die beiden KandidatInnen fürs Bürgermeisteramt haben ihre politisch-programmatischen Vorstellungen in gut besuchten Wahlkampfveranstaltungen in den Stadtbezirken präsentiert. Nach übereinstimmenden Einschätzungen hat Petersen bei diesen Versammlungen eine deutlich größere Resonanz gefunden, so dass ein für ihn positives Abstimmungsergebnis keine Überraschung gewesen wäre.

Schon die Ansetzung der Mitgliederbefragung über einen Spitzenkandidaten für die Bürgerschaftswahl im Februar 2008 war ein eindeutiges Symptom der Krise der Partei. Der Grundkonflikt in der Hamburger SPD besteht in ihrer politischen Zerrissenheit. Nach heftigen personellen und konzeptionellen Auseinandersetzungen im Vorstand wurde dem Landesvorsitzenden mit 13 gegen 10 Stimmen ein deutlicher Vertrauensverlust bescheinigt. Petersen hatte in einer Reihe von personalpolitischen Entscheidungen andere Funktionsträger herausgefordert und mit unabsprochenen Initiativen breiten innerparteilichen Widerstand hervorgerufen. Sein Vorschlag etwa, verurteilte Sexualstraftäter im Internet anzuprangern, führte bei einem Teil der regionalen Mandatsträger wegen des rechtspopulistischen Tons zu hellem Entsetzen. Der Landeschef war innerparteilich immer gut für einen konfrontativen oder

mindestens eigensinnigen Führungsstil und eigenwillige inhaltliche Initiativen. Dass es Petersen in den letzten zwei Jahren auf diese Weise nicht gelungen ist, die Partei aus ihrem politischen Tief herauszuführen, ist unbestreitbar.

Mit der gescheiterten Mitgliederbefragung hat sich die Krise der Hamburger SPD erheblich verschärft. Zunächst wurde der für die formelle Nominierung geplante außerordentliche Landesparteitag abgesagt und eine neue Mitgliederbefragung erwogen. Selbst wenn sich der Verlust der verschwundenen Briefwahlstimmen unspektakulär aufklären sollte, dürfte der politische Schaden für die SPD bis zum Wahltermin nicht beseitigt werden können. Die CDU verhöhnt die stärkste Oppositionspartei wegen ihres politischen Dilettantismus.



Auf der Suche nach dem Knopf für die verstellbare Rückenlehne löst Ted unwissentlich eine Katastrophe aus.

Petersen hat sich in der Mitgliederbefragung erneut als „Mann der Basis“ präsentiert. Er gehört nicht zum etablierten Führungspersonal in der Partei und in der Hamburger Bürgerschaft. Seine Kampagne zielte teilweise auf eine Wiederaneignung der Partei durch ihre einfachen Mitglieder. Schon zweimal hat der Seiteneinsteiger eine Front gegen die Funktionärs- und Mandatsträger angeführt. 2003 erreichte er im Rennen um die Spitzenkandidatur gegen den früheren Wirtschaftssenator Thomas Mirow einen Achtungserfolg. Im Frühjahr 2004 siegte er in einer Mitgliederbefragung über Knut Fleckenstein, als es um den Parteivorsitz ging.

Dorothee Stapelfeldt ist nicht chancenlos in der innerparteilichen Auseinandersetzung, weil sie mit einer gemä-

ßigt linken Reformkonzeption sowohl beim linken als auch beim rechten Parteiflügel akzeptiert wird. Sie ist seit mehr als 25 Jahren in der Hamburger SPD aktiv, gut vernetzt und betont ihre Fähigkeit zur integralen politischen Arbeit.

Ein Problem liegt in den Führungsfähigkeiten des Landesvorsitzenden Petersen. Die Hamburger SPD ist durch eine typische Stadtkultur geprägt; zugleich haben die Parteiflügel seit Jahren ihre Terrains und Einflusszonen abgesteckt. Bundesweit vertritt der Hamburger SPD-Abgeordnete Johannes Kahrs den rechten „Seeheimer Kreis“ und ist wegen seiner Nähe zur Militärindustrie und einem entsprechenden Spendenaufkommen bestens beleumundet. Nils Annen, gleichfalls Hamburger Bundestagsabgeordneter, agiert auf dem linken Flügel als Frontmann. Logischerweise ist in einem solchen Klima großer personeller und konzeptioneller Gegensätze die parteiintegrale Führungsarbeit nicht einfach.

Hamburg war in den letzten Jahrzehnten eine Hochburg der Sozialdemokratie. Seit 1990 hat die Landespartei fast 50% ihrer Mitglieder verloren und liegt damit bei den Mitgliederverlusten noch deutlich über den negativen Trends der Bundespartei. Anfang der 1990er Jahre erreichte die Hamburger SPD bei den Bundestagswahlen noch knapp 44% und bei den Bürgerschaftswahlen 48%. 2005 konnte sie bei den Bundestagswahlen mit knapp 39% noch ein relativ gutes Ergebnis erzielen, während ihr Anteil bei den Bürgerschaftswahlen 2004 nur mehr bei gut 30% lag. In den letzten Meinungsfragen wird die Partei mit Blick auf die Bürgerschaftswahlen 2008 bei 32% gehandelt. Damit liegt der Hamburger Landesverband zwar leicht über den entsprechenden Werten auf Bundesebene – von einer Mehrheitsfähigkeit ist die Sozialdemokratie damit allerdings auch in dieser Stadt weit entfernt. Nicht zuletzt wegen ihrer personalpolitischen Grabenkämpfe und ihrer politischen Konzeptionslosigkeit bringt es die SPD in ihrer einstigen Hochburg Hamburg nur noch auf rund ein Drittel der Wählerstimmen.

Strömungsauseinandersetzungen, politische Kosmetik und Postenschacherei führen Hamburg gewiss nicht aus der gesellschaftspolitischen Sackgasse. Durch die Urabstimmung unter den Parteimitgliedern über die Spitzenkandidatur zur Bürgerschaftswahl suchte die SPD einen Ausweg aus dieser Konstellation: Dorothee Stapelfeldt fordert

– mit Unterstützung einiger Kreisvorstände – eine Neuorientierung der SPD. In ihren „Zehn Punkten, die Hamburg voranbringen“ heißt es:

„Mehrfach hat der amtierende Bürgermeister den Bürgerwillen ignoriert und das Ergebnis von Volksentscheidungen in ihr Gegenteil verkehrt:

- Die Krankenhäuser wurden verkauft, obwohl 2001 fast zwei Drittel der Hamburgerinnen und Hamburger dagegen waren.

- Die vom Volk 2004 beschlossenen Wahlrechtsänderungen hat die CDU mit ihrer Mehrheit wieder zurückgedreht. Wir wehren uns dagegen vor dem Verfassungsgericht.

- Die Hürden für Volksentscheide wurden so weit angehoben, dass es kaum noch eine Chance auf erfolgreiche Volksinitiativen gibt. Das ist Arroganz der Macht – die allen Parteien und der gesamten Politik schadet. Daher unterstütze ich den neuen Volksentscheid der Bürgerinitiative für mehr Demokratie und sammle auf der Straße persönlich Unterschriften dafür. Als Bürgermeisterin werde ich deshalb umsteuern.“

Frau Stapelfeldt betont, sie werde die Rechte der BürgerInnen, Gesetze durch Volksentscheide zu beschließen, vollständig wieder herstellen. „Hamburg soll in Sachen Bürgerbeteiligung in Deutschland vorbildlich sein.“

Die Botschaft ist eindeutig: Die Politik des Hamburger Senats unter der Führung des Bürgermeisters Ole von Beust ist für den sozialen Zusammenhalt und die demokratische Kultur in der Stadt eine veritable Katastrophe. Das entscheidende Problem ist allerdings: Auch der Landesvorsitzende Petersen lehnt die Modernisierungspolitik der CDU, die unter dem Etikett „wachsende Stadt“ vermarktet wird, entschieden ab. Die politischen Differenzen unter den potentiellen Spitzenkandidaten sind also keineswegs so überzeugend, dass die Mitglieder über eine klare Alternative entscheiden könnten.

Die CDU ist nach zwei Jahren absoluter Mehrheit von Machtarroganz befallen. Sie will von der offenen Krise der Sozialdemokratie profitieren. Wenn die politische Arena weiterhin von den überlieferten Kräften beherrscht wird, droht eine weitere Verfestigung der sozialen Spaltung.

Die rigorose Spar- und Privatisierungspolitik der CDU ist in einem Großteil der Bevölkerung auf breite Ablehnung gestoßen. Ihr „politischer Erfolg“ besteht zum einen in einer boomenden Ökonomie, zum andern aber in wachsender sozialer Ausgrenzung, massiver Beschleunigung von Prozessen der Verarmung und der Vertiefung sozialer Spaltung.

Selbst die Bertelsmann-Stiftung kommt in einer Studie an einer kritischen Gesamtbilanz nicht vorbei: Die Hansestadt Hamburg habe zwar viele

Weichen für ein solides Wirtschaftswachstum gestellt, Kernindikatoren wie Wachstumsrate, Einkommensentwicklung, Produktivität, die Zahl der Patentanmeldungen und die Erwerbstätigenquote belegen den wirtschaftlichen Aufwärtstrend. Hamburg hat im Jahr 2006 mit 2,9% das beachtliche Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik Deutschland noch übertroffen.

Die Wissenschaftler der Bertelsmann-Stiftung sehen aber zugleich die Gefahr, dass in Hamburg nicht alle Bevölkerungsteile an diesem Prozess beteiligt und mitgenommen werden. So sind der Studie zufolge in Hamburg gut 15% aller Kinder von Sozialhilfe abhängig – etwa doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt. Alarmierend sei zudem die große Zahl von Jugendlichen, die die Schule ohne jeden Abschluss verlässt. Ihr Anteil liegt bei über 11%, deutschlandweit „nur“ bei 8,3%. Ein Warnsignal sollte zudem der hohe Anteil ausländischer Jugendlicher sein, die keinen Hauptschulabschluss machen.

Die gescheiterte Konzeption der „wachsenden Stadt“, die die CDU mit ihrem Regierungsantritt 2001 zum Leitgedanken ihrer Politik gemacht hat, ist kurzfristig um ein Programm mit dem Namen „lebenswerte Stadt“ ergänzt worden. Mit (über vier Jahre verteilten) 90 Millionen Euro will man die Fehlentwicklungen der letzten Jahre vergessen machen. Gleichzeitig hat der von Beust-Senat aber den Mehrheitswillen der Hamburger Bevölkerung, keine Privatisierung der Krankenhäuser durchzuführen, schlicht ignoriert. Zudem wurden die Bedingungen für Bürgerbegehren und Volksbefragungen drastisch verschlechtert. Durch Änderungen des Wahlrechtes hat der Senat die demokratischen Beteiligungsrechte zurückgefahren und die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten in öffentlichen Sektoren beschnitten.

Aus Angst vor einem drohenden Machtverlust propagiert die CDU nun einen „Paradigmenwechsel“ und blinkt links: „Keine Bürgerin und kein Bürger soll auf Grund seiner sozialen Lage Chancen für sein Leben verbaut bekommen.“ Das politische Kalkül wird offen ausgesprochen: Die Regierungspartei besinnt sich darauf, dass es nicht die gut betuchte Klientel in den Elbvororten oder in den Waldörfchen war, die ihr 2004 zur Mehrheit verholfen hat, sondern die enttäuschten SPD-StammwählerInnen in den Vierteln der „kleinen Leute“.

Neben den personalpolitischen Einflusszonen geht der tiefe Graben, der die Hamburger Sozialdemokraten durchzieht, auf die Unklarheit über eine politische Alternative zur CDU-Politik zurück. Auch der jüngste Beschluss der Hamburger Enquete-Kommission Bildung läuft faktisch auf ein Arrangement mit der CDU-Politik und nicht auf

eine kritische Korrektur der bisherigen bildungspolitischen Praxis hinaus. Auf dem Weg zu einer Schule für alle soll es – ganz nach dem Willen der CDU – ein Nebeneinander von Stadtteilschulen und Gymnasien geben.

Die CDU konzentriert ihre Politik schwerpunktmäßig auf herausragende Projekte („Kathedralen“): Hafencity, Elbphilharmonie, Gartenbauausstellung, Sprung über die Elbe und Innenstadtmodernisierung. Sie sollen auf die Hamburger Ökonomie „ausstrahlen“, bedienen faktisch aber nur die kulturellen Interessen der sozial gehobeneren Schichten.

Die Konzentration der öffentlichen Investitionen auf diese Projekte bei gleichzeitigem Kahlschlag in der Sozial- und Bildungspolitik sowie im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge verschärft die Spaltung in der Stadt massiv. Die Mehrheit der Hamburger Bevölkerung kann von der strategischen Konzeption der wachsenden Stadt keine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse erwarten.

Anders als der CDU-Senat möchte die SPD „den Menschen (wieder) in den Mittelpunkt“ stellen, ohne dabei die Fehler sozialdemokratischer Umverteilungspolitik der Vergangenheit zu wiederholen. Wie das erfolgen soll, ohne in letztlich oberflächlichen Korrekturen der sozialen Spaltung stecken zu bleiben, haben weder die Partei noch ihre KandidatInnen bisher deutlich machen können.

Die Neue Linke hat in Hamburg gute Chancen, die politische Konzeption eines entschiedenen Politikwechsel voranzubringen. In Übereinstimmung mit der sich bildenden Bundespartei kann die soziale Verankerung einer neuen Linken gelingen. Dabei muss sie deutlich machen, dass es um eine „Ökonomie des ganzen Hauses“ geht. Die ersten Schritte dorthin bedeuten:

- Aussetzung der Förderung für die Großprojekte. Anstelle das viele Geld in Renommierprojekte zu stecken und an Stellen zu sparen, die für die wirtschaftliche Zukunft der Stadt und ihre sozialen Gestaltung entscheidend sind, müssten Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und öffentlich geförderter Beschäftigung auf den Weg gebracht werden;

- Stopp des Verkaufs oder der Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen;

- Wiederherstellung der demokratischen Beteiligungsrechte der Bevölkerung und der Beschäftigten in öffentlichen Einrichtungen.

- Schließlich geht es um eine klare Schwerpunktsetzung bei den öffentlichen Finanzen: Ausbau einer gebührenfreien Kinderbetreuung, Vorschulziehung und Verbesserung der Ausbildungs- und Bildungssituation in Hamburg. ■

Solidarität mit Agustín Aguayo

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, seit einiger Zeit beunruhigen Menschenrechtsverletzungen, die auf deutschem und europäischem Boden durch die USA begangen werden, die deutsche Öffentlichkeit, so CIA-Flüge bzw. -Entführungen und die vermutliche Nutzung des US-Militär-Gefängnisses in Mannheim für Verhöre arabischer Gefangener. Untersuchungsausschüsse des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages beschäftigen sich bereits mit einigen dieser beunruhigenden Vorgänge, doch diese Untersuchungen sollten ausgeweitet werden.

Wir möchten Ihnen von einem Fall berichten, der in diesem Zusammenhang unbedingt untersucht werden müsste.

Agustín Aguayo (35), mexikanisch-amerikanischer Rettungssanitäter aus Los Angeles und Vater von zwei Töchtern ist seit Sommer 2003 bei der 1. Infanterie-Division der US-Armee in Schweinfurt stationiert und wohnt dort mit seiner Familie. Seit Oktober 2006 sitzt er im US-Militär-Gefängnis Mannheim, weil er sich weigerte, sich ein zweites Mal zu einem Einsatz in den Irak schicken zu lassen.

Seit annähernd drei Jahren bemüht sich Aguayo darum, als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkannt zu werden, wie es das US-amerikanische Recht als Möglichkeit vorsieht. Während seines einjährigen Einsatzes in seiner Eigenschaft als Sanitäter im Irak, 2004/05, musste er entgegen seinen Überzeugungen eine Waffe tragen. Seinem Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer ist bisher nicht stattgegeben worden. Vielmehr wurde der Dienstvertrag von Herrn Aguayo, wie es häufig auch bei anderen in Deutschland stationierten US-Soldaten geschieht, einseitig gegen seinen Willen über die ursprünglich vereinbarte Zeit hinaus verlängert.

Am 2. September 2006 wurde Aguayos Einheit nach Bagdad verlegt. Entsprechend seiner Ankündigung verweigerte er sich diesem Einsatz und stellte sich stattdessen der US-Militärpolizei in Schweinfurt, darauf gefasst, ins Gefängnis gehen zu müssen. Sein Kommandeur befahl daraufhin, ihn mit Gewalt („in Handschellen, wenn nötig“) in den Irak zu bringen. Aguayo entkam und stellte sich am 26. September 2006 im kalifornischen Fort Irwin der Armee.

Jetzt drohen Herrn Aguayo, u.a. wegen „Fahnenflucht“, bis zu sieben Jahre Haft, unehrenhafte Entlassung und die Registrierung als vorbestraft. Der Prozess US gegen Aguayo findet am 6. und 7. März 2007 in den Leighton Barracks in Würzburg statt und ist nach Anmeldung bei der Armee für Presse und Besucher zugänglich.

Wir meinen, die versuchte „Entführung“ eines ausländischen Soldaten von deutschem Boden zu einem Kriegseinsatz, der er sich nur durch Flucht entziehen konnte, und bei der ihm das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht gewährt wurde, ist eine nicht hinnehmbare Menschenrechtsverletzung. Wir appellieren daher an Sie, darauf hinzuwirken, dass Agustín Aguayo als Kriegsdienstverweigerer anerkannt und freigelassen wird.

Wir wissen, dass der Fall Aguayo nur einer von zahlreichen Fällen ist, in denen Menschenrechte in den US-Kasernen auf deutschem Boden verletzt werden. Diese nehmen besonders zu, seit die Bush-Regierung versucht, gegen den Willen der Mehrheit und auch gegen den Willen vieler Militärs den Krieg im Nahen und Mittleren Osten auszuweiten.

Wir sind der Meinung, dass Deutschland bei solchen Fällen nicht wegschauen darf. Die Überprüfung der Einhaltung menschenrechtlicher Standards in US-Militäreinrichtungen gehört in den Verantwortungsbereich der Bundesregierung. Nicht nur der Fall Aguayo sollte hierbei untersucht werden, sondern die deutsche Regierung muss die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards auf deutschem Boden generell auch dann garantieren, wenn es sich um US- bzw. NATO-Truppen handelt. Deutschland muss auf seiner vollen Souveränität und seinem Recht bestehen, regelmäßig die entsprechenden Informationen einzuholen, um sicherzustellen, dass die USA hierzulande deutsche und internationale Rechtsstandards einhalten.

Wie das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig im Fall von Major Florian Pfaff 2005 entschieden hat, war die Unterstützung des US-geführten Angriffs auf den Irak Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Aggressionskrieg. Die Beteiligung an einem solchen Krieg widerspricht deutschem und internationalem Recht und kann auch nicht durch bilaterale Abkommen gerechtfertigt werden. Vielmehr sollten die bestehenden Verträge zwischen Deutschland und den USA auf ihre Vereinbarkeit mit den gültigen Rechtsnormen überprüft und gegebenenfalls entsprechend geändert werden.

Wir bitten Sie, den Fall Aguayo und seine Hintergründe zu untersuchen.

Unterzeichnet von: Achse des Friedens • American Voices Abroad (AVA) Military Project • Connection e.V. • Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) • Deutscher Friedensrat e.V. • Friedensratschlag Kassel • Gruppen der Berliner Friedenskoordination • Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg • Informationsstelle Militarisation IMI e.V. • Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär • Munich American Peace Committee (MAPC) • Netzwerk Friedenskooperative Bonn • Pax Christi, Bistumsstelle Würzburg

Kommunale
Politik

Demonstration gegen die
Zerschlagung der kommunalen Unternehmen:

BOCHUM. Die CDU/FDP

Landesregierung beabsichtigt mit einer Änderung der Gemeindeordnung öffentliche Unternehmen wie die BOGESTRA oder die Stadtwerke drastisch in ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten zu beschränken. Kommunale Unternehmen sollen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben nur noch tätig werden dürfen, wenn, „ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und der öffentliche Zweck durch private Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann. Gegen diese beabsichtigte Beschränkung der kommunalen Wirtschaftsunternehmen hat sich die Initiative „Kommunalwirtschaft stärken – Zukunft der Städte sichern“ gebildet. Zum Bündnis gehören der „Deutsche Mieterbund NRW e.V.“, der „Städtetag NRW“, der „Städte- und Gemeindebund NRW“, der „Verband deutscher Verkehrsunternehmen NRW“ (VDV), der „Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland-Westfalen“ (VdW), der „Verband kommunaler Unternehmer“ (VKU) und ver.di in Nordrhein-Westfalen. www.bo-alternativ.de

Mit Geldscheinen wedeln: BOCHUM. Da hat Norman Faber eine großzügige Spende angekündigt und fast scheint es so, als ob daraufhin bei Teilen der Verwaltung und der Politik das ruhige und vernunftbetonte Denken eingeschränkt wird. Wie ist es sonst zu erklären, dass jetzt quasi im Schweinsgalopp der Bau des Konzerthauses beschlossen werden soll. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Ernst Lange: „So begrüßenswert bürgerschaftliches Engagement auch ist, so darf dies nicht dazu führen, dass Entscheidungen, die den Haushalt der Stadt über Jahrzehnte erheblich belasten, ohne gründliche inhaltliche Prüfung und Diskussion gefällt werden. Nur weil Norman Faber mit 5 Mio. Euro wedelt, kann die Stadt nicht einfach mit über 40 Mio. Euro hinterher rennen. (...) „Gegen die Stimmen der Links-Fraktion hat der Rat den Bau am 1. 3. beschlossen.“ www.pds-bochum.de

Linksbündnis kritisiert zu geringe Zuwendungen für Jugendliche: HANNOVER. In seiner Haushaltsrede vor der Ratsversammlung hat der Fraktionsvorsitzende des Linksbündnisses in der Landeshauptstadt Hannover die zu geringe Unterstützung von Kindern und Jugendlichen bemängelt. Besonders kritikwürdig sei der rot-grüne Haushalt hinsichtlich der fi-

nanziellen Mittel für die Träger der Jugendarbeit: „Thorsten Albrecht vom Stadtjugendring hat uns fundierte Argumente dargebracht, warum die Zuwendungen und auch die von Rot-Grün eingebrachten ‚leichten‘ Erhöhungen nicht ausreichen“, berichtete Höntsch aus dem Jugendhilfeausschuss. Dort habe es andere Mehrheiten gegeben als in der rot-grünen Koalition im Rat. In den letzten Jahren sei bereits eine Finanzierungslücke von 12 Prozent entstanden. „Manch ein Träger ist jetzt schon so weit, keine tarifgerechten Gehälter mehr bezahlen zu können oder wird es in Kürze sein.“ Wegen des weiterhin erhobenen Essensgeldes an städtischen Kindertagesstätten warf Höntsch den Grünen erneut den Bruch von Wahlversprechen vor.

<http://sozialisten.de/politik/kommunal>

Informationen zu Public Private Partnership: DUISBURG. Die Fraktion DIE LINKE. Offene Liste beantragte zur Ratssitzung am 12. März 2007: „Der Rat der Stadt möge beschließen: In der nächsten Ratssitzung am 26. April 2007 erfolgt eine Information zu den Möglichkeiten und Grenzen des Public Private Partnership. Als Referent wird Werner Rügemer (alt.: Robert Köstling) eingeladen. Begründung: ... Die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsvergleiche zu zwei möglichen Projekten im Schulbereich werden ... demnächst vorliegen. Vor Beschlussfassung sollte es eine umfassende Information aller Ratsmitglieder geben, um bei allen einen gleichen Wissensstand voraussetzen zu können.“

www.DieLinke-NRW.de

Wertstoffe in die Müllverbrennung: FRANKFURT A.M. Zum Vorhaben eine neue Müllverbrennungsanlage im Industriepark Höchst zu genehmigen erklärt die Fraktion DIE LINKE.WASG im Römer: Aus ökologischer, energetischer und umweltpolitischer Sicht und zum Schutz der Bevölkerung verbietet sich der Bau der geplanten Anlage zur Thermischen Endverwertung im Höchster Industriepark. In dieser Anlage sollen vorrangig Kunststoffe aus der Wertstofftonne verbrannt werden. Erst am 13.2.07 hat das Europaparlament in erster Lesung beschlossen die Recyclingquote in Europa von derzeit 33 % auf 50 % im Jahre 2020 zu erhöhen. Carmen Thiele, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE. WASG dazu: „Auch der oft gebrauchte Begriff Thermische Endverwertung kann nicht darüber hinweg täuschen, dass Müllverbrennung kein Recycling ist.“

www.dielinke.wasg-im-roemer.de

Antrag gegen „Ein-Euro-Jobs“: GÖTTINGEN. Die Haushaltsstelle (...) für Mehraufwandsentschädigungen

(MAE) nach §16 Abs. 3 SGB II mit einem Umfang von 1.900.000 Euro wird gestrichen. Der Betrag wird in die Haushaltsstelle (...) für Leistungen zur Eingliederung von Arbeitssuchenden nach §16 Abs. 1 SGB II übertragen. Der derzeitige Ansatz der letztgenannten Haushaltsstelle von 7.241.000 Euro würde sich damit auf 9.141.000 Euro erhöhen. *Begründung:* Die Fraktion Die Linke. lehnt Beschäftigungsverhältnisse mit Mehraufwandsentschädigungen grundsätzlich ab, da diese weder geeignet sind, die Misere auf dem Arbeitsmarkt zu beheben, noch für die Betroffenen eine realistische Chance auf einen Arbeitsplatz eröffnen. Die Heranziehung von Arbeitslosen zu Tätigkeiten, die sie nicht ausführen wollen, charakterisieren wir als Zwang zur Arbeit ohne Lohn/Gehalt, der aus unserer Sicht nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren ist ... Geeigneter und für Arbeitslose weniger entwürdigend halten wir nach wie vor das Instrument der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die obendrein weite Teile des sozialen und kulturellen Dienstleistungsbereiches am Leben halten, weil der Staat bzw. die Kommunen sich hier längst aus der Finanzierung dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse verabschiedet haben.

www.linksparterie-goettingen.de

Kienbaum-Gutachten ablehnen! KIEL. Die Firma Kienbaum hat im Dezernat II der Landeshauptstadt Kiel eine Organisationsuntersuchung für über 200.000 Euro durchgeführt. Ohne sachliche und wirtschaftliche Begründung kommt Kienbaum zu dem Ergebnis, dass große Teile des Dezernats für Stadtentwicklung und Umwelt durch Vergabe (Privatisierung) 30% billiger erledigt werden können. Viele mögen sich am Gutachten von Kienbaum zum Flughafen Kiel-Holtenau erinnern. Die Gewerkschaft ver.di hat mit einem Offenen Brief an die Ratsmitglieder und an die Oberbürgermeisterin reagiert. „Die Ratsversammlung muss den Beschäftigten und der Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel die Chance einer Plausibilitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfung der Kienbaum-Vorschläge einräumen“, so Frank Hornschu, vom ver.di Büro Kiel. Die Firma Kienbaum begründet die Einsparungen allein auf ‚Erfahrungen‘. „Auf Nachfrage“, so Hornschu weiter, „bleibt die Firma Kienbaum seit Wochen substantiierte wirtschaftliche Begründungen schuldig. Die ‚Erfahrungen‘ von Kienbaum beruhen einzig und allein auf den Vergleich mit Städten, die weniger Einwohner als Kiel haben, die keine Hafen bzw. Landeshauptstadt sind, deren Reformen nicht so weit fortgeschritten sind wie in Kiel etc.“

Presseerklärung verdi-Kiel/Plön, nach linx

Gemeinsames Kaufgebot von Sparkassen: BERLIN. Im Bieterwettstreit um die Landesbank Berlin (LBB) haben die Sparkassen den Grundstein für ein gemeinsames Kaufangebot gelegt. Mehr als 400 der 449 regionalen Institute hätten der Bewerbung der Sparkassengruppe um den 81-prozentigen Landesanteil an der früheren Bankgesellschaft Berlin zugestimmt und eine finanzielle Beteiligung zugesagt. Erreicht sei eine Eigenkapitalbasis „um die vier Milliarden Euro“. Berlin muss sich wegen EU-Auflagen bis Jahresende von der LBB trennen. Erwartet wird ein Milliardenlös. Der DSGVO-Präsident sagte, mit den Zusagen der Institute könne die Sparkassengruppe „einen betriebswirtschaftlich sinnvollen Preis“ schultern. „Wir haben das Ziel, dass in Berlin eine echte Sparkasse bestehen bleibt“, sagte Haasis. In das Rennen um die sanierte LBB sind 19 mögliche Käufer aus dem In- und Ausland gestartet. Darunter sind auch Landesbanken, private Großbanken und Finanzinvestoren. Da zur LBB die Berliner Sparkasse gehört, könnte der Fall zu einem Konflikt zwischen dem Lager der privaten Banken und der Sparkassen-Finanzgruppe führen.

Oberhessische Zeitung, 2.3.07

Bade-Genossenschaft: NÖRTEN-HARDENBERG. Was macht man mit einem kommunalen Hallenbad, wenn die Finanzsituation einen weiteren Betrieb nicht zulässt? Man könnte einen privaten Investor suchen und ein Spaßbad eröffnen. Natürlich besteht auch die Möglichkeit das Bad zu schließen. Oder man gründet eine Hallenbad-Genossenschaft. So geschehen im niedersächsischen Nörten-Hardenberg. Eine Bürgerinitiative sah hier in der Genossenschaft die einzige Möglichkeit den Badebetrieb aufrecht zu erhalten. So wurde 2004 das kommunale Hallenbad in einen genossenschaftlichen Betrieb umgewandelt. 107 Genossen beteiligten sich mit einer Einlage von mindestens 100 Euro. Das Engagement wurde belohnt. Nicht nur, dass die Menschen in Nörten-Hardenberg weiterhin ins kühle Nass springen können. Es wurden auch vier Vollzeit-, zwei Teilzeit- und acht Arbeitsplätze in geringfügiger Beschäftigung erhalten bzw. im Bereich Gastronomie und Wellness neu geschaffen. Es handelt sich im besten Sinne des Wortes um eine solidarische Gründung, bei der die interessierten Schwimmerinnen und Schwimmer die Lösung des Problems selber in die Hand genommen und einen erheblichen Erfolg bezüglich der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen erzielt haben. www.meine-politik.de

(Zusammenstellung: ulj)

ERA-Streit eskalierte auf Betriebsversammlung

MANNHEIM. Nach einer durch den Betriebsrat einberufenen zusätzlichen Betriebsversammlung, stand für den Rest der Fröhschicht die Produktion still. Anlass für den Protest der Beschäftigten war das Bekanntwerden der arbeitgeberseitigen Vorstellungen zur betrieblichen Umsetzung des neuen Entgelt-Rahmen-Tarifvertrages (ERA).

Der Betriebsratsvorsitzende Rainer Wietsock erläuterte in seinem Bericht die großen Differenzen zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat. Würden die Planungen der Geschäftsleitung zur zukünftigen Bezahlung der Beschäftigten umgesetzt, entspräche dies einem systembedingten Einsparvolumen von mehr als 7,5 Millionen Euro im Jahr. Zustandekommen soll dies nach dem Willen der Geschäftsleitung, durch die Eingruppierung vieler Beschäftigten unterhalb des im Tarifvertrag festgelegten Facharbeiterniveaus.

Rainer Wietstock: „Obwohl der Bau, die Konstruktion und der Verkauf von Traktoren den Beschäftigten die Be-

herrschung und Abarbeitung komplexer Arbeitsabläufe abfordert, die nur in einer qualifizierten Berufsausbildung erlernbar sind, sollen diese Fähigkeiten in vielen Fällen nur noch auf dem finanziellen Niveau angelernter Tätigkeiten bezahlt werden.“

Er bezeichnete den bisherigen Verhandlungsstand als unzureichend und verlangte von der Geschäftsleitung eine deutliche Kurskorrektur. Die Tarifreform ERA welche zum vereinbarten Ziel hatte, Facharbeit der Angestellten wie auch der gewerblichen ArbeitnehmerInnen auch materiell aufzuwerten, würde durch das Arbeitgeberverhalten einseitige Kostensenkung zu betreiben ad absurdum geführt. Bei der Bewerbsuche auf freie Stellen lege die Geschäftsleitung in ihrem veröffentlichten Anforderungsprofil größten Wert auf eine abgeschlossene und fachgerechte Berufsausbildung. Bei den betrieblichen Verhandlungen leugne sie aber die Notwendigkeit der fachgerechten Bezahlung. IG Metall Mannheim, 23.2.2007

Alstom Mannheim:

Lohndrückerei durch ERA

Schon vor vierzehn Tagen legten rund 700 Beschäftigte im Werk Alstom Power Mannheim-Käfertal für eine Stunde die Arbeit nieder, um gegen die Umsetzung des Entgelt-Rahmentarifvertrages (ERA) zu protestieren und gleichzeitig über die Arbeitsplatzsituation am Standort zu informieren.

Die Zuordnung von ERA-Tätigkeitsbeispielen ist Aufgabe des Arbeitgebers. Mittlerweile liegen bei Alstom dem Personalbüro und dem Betriebsrat fast 300 Reklamationen von Arbeitnehmern gegen die Zuordnung zu den Tätigkeitsbeispielen vor. Eigentlich hätte nach Absicht der Gewerkschaften durch das neue System der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten endgültig eingeebnet werden sollen. „Das Verhalten der Arbeitgeber bei der Zuordnung der Tätigkeiten und bei Leistungsbeurteilungen“, so Betriebsrat Belz, „stellt einen Bruch des Tarifvertrages und abgeschlossener Betriebsvereinbarungen dar.“

Jürgen Schumacher von der IG Metall Mannheim zeigte, dass es in den großen Mannheimer Betrieben überall ähnlich zugeht: so bei DaimlerChrysler, John Deere oder Bombardier – überall Versuche der Personalabteilungen, den Lohn zu drücken. Er warf den Arbeitgebern vor, den Tarifvertrag kaputt zu machen. Er erklärte, dass die IG Metall alle Kampfmaßnahmen gegen diese Art der Vertragsauslegung unterstützen werde.

Im übrigen seien aus Gewerkschafts-sicht Produktion und Ingenieurbereiche

in den verschiedenen Großbetrieben Mannheims bis zum Jahr 2010 ausgelastet. Vor allem im Kraftwerksgeschäft. Und wieder wie anderswo die Tendenz, sich selber das Wasser für die Zeit nach 2010 abzugraben. Öffentlich klagen Firmen, nicht genug Fachkräfte zur Verfügung zu haben. Alstom wolle aber stur an seinen Personalabbauplänen festzuhalten. Zwar sei ein solcher Abbau 2006 in einer Betriebsvereinbarung beschlossen worden. Nur sehe die auch vor, dass jede der beiden Seiten im Falle einer veränderten Marktsituation Verhandlungen verlangen könne. Das sei nun der Fall. Der Betriebsrat Alstom forderte demgemäß die Firmenleitung auf, sich zu solchen Neuverhandlungen zu bequemen. Auskunft erwartet die Belegschaft spätestens bei der Betriebsversammlung im März. Dass man Fachkräfte nicht einfach aus der Speisekammer oder dem Kühlschrank oder der Arbeitsagentur bekommt, wenn man sie braucht, sollte auch Alstom einsehen. Und dass man bei Bedarf keine hat, wenn man die Vorhandenen heim-schickt ... Solche Versäumnisse straft der Markt zwar über kurz oder lang mit Sicherheit. Nur dass leider die zwischenzeitlich Gekündigten nicht viel davon haben, wenn endlich die Strafe eintritt und die Produktion der Nachfrage nicht mehr nachkommen kann.

stattweb.de-News und -Mitteilungen, 25.Feb. 2007; Quelle: Siemens Dialog – AutorIn: fg

Mit der Hoffnung auf eine Ballungsraumzulage hatten bayerische Landesbeamte vor allem der Polizeibehörden geklagt. Angesichts der in München im Vergleich zur Provinz ca. zwanzig Prozent höheren Lebenshaltungskosten stelle die landesweit gleiche Besoldung eine Ungleichbehandlung dar. Dieses Argument hat nun das Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen, dass nach dem Alimentationsprinzip zwar regional unterschiedliche Lebenshaltungskosten entstehen könnten und das durch die Tarifgestaltung auch berücksichtigt werden könnte. Die höheren Lebenshaltungskosten im Ballungsraum indessen würden sich aus guten bis extravagantem Konsum- und Infrastrukturangeboten ergeben. Diese stünden schwach verdienenden Beamten dann nicht zur Verfügung, aber das sei keine Benachteiligung zur Provinz, wo diese Vorteile ganz fehlten:

Bundesverfassungsgericht – Pressemitteilung Nr. 25/2007 vom 6.3.07, Zum Urteil vom 6.3.2007 – 2 BvR 556/04

Keine Ballungsraumzulage für Beamte zum Ausgleich der erhöhten Lebenshaltungskosten

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat mit Urteil vom 6. März 2007 die Verfassungsbeschwerde eines Beamten, der die Gewährung einer „Ballungsraumzulage“ zum Ausgleich der erhöhten Lebenshaltungskosten in München begehrt, zurückgewiesen. Weder das Alimentationsprinzip noch der Leistungsgrundsatz verpflichteten den Besoldungsgeber in der gegenwärtigen Lage, erhöhten Lebenshaltungskosten in München durch einen spezifischen Ausgleich Rechnung zu tragen. Der Entscheidung liegen im Wesentlichen folgende Erwägungen zu Grunde:

I. Es existiert kein hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums, der den Gesetzgeber verpflichtete, bei der Festsetzung der Bezüge einen spezifischen Ausgleich für regional erhöhte Lebenshaltungskosten zu gewähren. Geschützt sind nur diejenigen Regelungen, die das Bild des Beamtentums in seiner überkommenen Gestalt maßgeblich prägen, so dass ihre Beseitigung auch das Wesen des Beamtentums antasten würde. Zu diesem Kernbestand von Strukturprinzipien gehören unter anderem das Alimentationsprinzip und der Leistungsgrundsatz. Dem Ortszulagensystem der Beamtenbesoldung kommt dagegen kein in diesem Sinne wesensprägender Charakter zu. Bei der Ausgestaltung der Zulagen zur Beamtenbesoldung handelt es sich um eine Detailregelung, die keinen zwingenden

Bezug zur Angemessenheit der Alimentation aufweist. Für diese sind vielmehr die Nettoeinkünfte maßgeblich, mithin das, was sich der Beamte von seinem Gehalt tatsächlich leisten kann. Hierfür ist nicht entscheidend, ob die Bezüge aus dem Grundgehalt, aus Grundgehalt und Ortszulage oder aus anderen Komponenten bestehen. Sieht der Gesetzgeber keinen gesonderten Ausgleich für die örtlich bedingten Lebenshaltungskosten vor, so kann dies im Hinblick auf die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums nicht missbilligt werden, wenn sich die Bezüge gleichwohl auch in Ballungsräumen noch als angemessen erweisen und damit der Alimentationspflicht Rechnung getragen wird.

II. Der Besoldungsgesetzgeber ist durch das Alimentationsprinzip gegenwärtig nicht verpflichtet, erhöhte Lebenshaltungskosten in München durch einen spezifischen Ausgleich abzufedern. Das Alimentationsprinzip gehört zu den verfassungsrechtlich gewährleisteten Grundsätzen des Berufsbeamtentums. Der Beamte muss über ein Nettoeinkommen verfügen, das seine rechtliche und wirtschaftliche Sicherheit und Unabhängigkeit gewährleistet und ihm über die Befriedigung der Grundbedürfnisse hinaus einen seinem Amt angemessenen Lebenskomfort ermöglicht. Die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse unterscheiden sich regional teilweise erheblich, so dass unterschiedliche Nettobeträge erforderlich sein können, damit die Beamten in der Lage sind, sich in der Lebenswirklichkeit annähernd das Gleiche zu leisten. Es verletzt das Alimentationsprinzip daher nicht, wenn bei der Bemessung der Bezüge von Beamten, die das gleiche Amt innehaben, an Wohnort oder Dienstort anknüpfende Abstufungen vorgesehen werden, sofern sich solche regionalen Unterscheidungen nach Anlass und Ausmaß der Differenzierung vor dem Gleichheitssatz rechtfertigen lassen. Welche Alimentation angemessen ist, bedarf allerdings der Konkretisierung durch den Gesetzgeber und ist von den jeweiligen Verhältnissen abhängig.

Es ist nicht zu beanstanden, dass es der Gesetzgeber unterlassen hat, einen spezifischen Ausgleich für in Ballungsräumen erhöhte Lebenshaltungskosten vorzusehen. Die in bestimmten Ballungsräumen vergleichsweise hohen Preise spiegeln die dortige Lebensqualität wider. Sie bringen unter anderem zum Ausdruck, dass ein Leben in dem betreffenden Standort von einer Vielzahl von Menschen als attraktiv bewertet wird. Zwar trifft es zu, dass Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen von Teilen dessen, was die Attraktivität des Lebens an Orten mit hohem Preisniveau ausmacht, gerade aus Kostengründen nicht oder nur eingeschränkt profitieren können. Auch wenn berücksichtigt

wird, dass etwa Teile des kulturellen Angebots, gehobene Einkaufsmöglichkeiten und innerstädtische Wohnungen nur von Personen mit höherem Einkommen intensiv oder überhaupt genutzt werden können, ist die Einschätzung nicht offensichtlich verfehlt, dass auch für Bezieher niedrigerer Einkommen den höheren Lebenshaltungskosten Vorteile gegenüberstehen, die dagegen sprechen, die geringere Kaufkraft des Beamtengehalts in diesen Räumen ohne weiteres mit einem entsprechend geringeren Lebensstandard gleichzusetzen. Als Beispiele seien nur die in Ballungsräumen reichhaltigeren Bildungsangebote und medizinischen Versorgungsmöglichkeiten, vielfältigere Freizeit- und Unterhaltungsangebote auch in den niedrigeren Preissegmenten oder ortsspezifische Vorteile wie die Nähe zu attraktiven Erholungsgebieten genannt. Hinzu kommt, dass für die Amtsgemessenheit der Besoldung eines Beamten nicht allein der Vergleich zum Lebensstandard von Beamten in kostengünstigeren Regionen ausschlaggebend ist. Die Amtsgemessenheit der Alimentation des Beamten bestimmt sich auch durch ihr Verhältnis zu den Einkommen, die für vergleichbare und auf der Grundlage vergleichbarer Ausbildung erbrachte Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes erzielt werden. Es ist indes nicht dargetan, dass Beamte wie der Beschwerdeführer gegenüber vergleichbaren Erwerbstätigen außerhalb des öffentlichen Dienstes in einem Umfang benachteiligt würden, dass deshalb die Alimentation in München und Umgebung nicht mehr als „standesgemäß“ angesehen werden könnte.

Es ist allerdings Aufgabe des Gesetzgebers, die tatsächliche Entwicklung der Lebenshaltungskosten auf relevante Unterschiede zwischen Stadt und Land zu beobachten, um möglichen Verstößen gegen den Alimentationsgrundsatz angemessen begegnen zu können.

III. Eine Handlungspflicht des Gesetzgebers ergibt sich auch nicht aus dem Leistungsgrundsatz. Da die Bezüge so zu bemessen sind, dass sie dem Beamten eine Lebenshaltung ermöglichen, die der Bedeutung seines jeweiligen Amtes entspricht, muss sich die Stufung der Ämter auch in der Realität wieder finden. Dies besagt aber nicht, dass die realen Lebensverhältnisse eines Beamten der Besoldungsgruppe A 13 in München mit denen eines Beamten der Besoldungsgruppe A 12 oder A 11 an einem anderen Ort zu vergleichen wären. Einem Vergleich zugänglich sind insoweit allein die Beamten der verschiedenen Besoldungsgruppen am selben Ort. Der Gesetzgeber geht zulässigerweise davon aus, dass die Beamten den unterschiedlichen Lebensverhältnissen in München und an Orten außerhalb dieses Ballungsraums durch entsprechende Lebensgestaltung Rechnung tragen.

BDA fordert Rente ab 67 ohne Ausnahmen. FAZ, Do. 22.2.07. Der BDA und der Zentralverband des Deutschen Handwerks fordern die Bundesregierung auf, auf Ausnahmen bei der Anhebung des abschlagfreien Rentenalters zu verzichten. Der Entwurf sieht z.B. vor, dass Arbeitnehmer, die 45 Beitragsjahre nachweisen können, auch künftig die volle Rente erhalten sollen. Damit werde das Einsparvolumen erheblich reduziert. „Das entspricht rund 30% des sonst möglichen Entlastungsvolumens“, so die BDA-Stellungnahme. Auch sei diese Ausnahme verteilungspolitisch fragwürdig, da dieses Privileg alle zu finanzieren hätten, die nicht 45 Jahre gearbeitet hätten. Zudem werde der Zusammenhang zwischen Beitragsleistung und Rentenhöhe, das „Äquivalenzprinzip“, geschwächt.

Arbeitgeber des Gebäudereinigungsgewerbes wollen Mindestlohn von fünf bis sechs Euro. FAZ, Mo. 26.2.07. Wenn die Union Kombilöhne wolle, brauche sie einen Mindestlohn, so J. Bungart, Geschäftsführer der Bundesinnung des Gebäudereinigungshandwerks. „Sonst wird der Staat ausgeplündert ohne Ende.“ Wenn Stundenlöhne von drei Euro möglich wären und der Rest durch einen Kombilohn aufgestockt würde, „wären wir mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir das nicht mitnähmen“. In einer Branche mit einem Lohnkostenanteil von 80% gehe der Wettbewerb nur über die Löhne. 5 bis 6 Euro gesetzlicher Mindestlohn sei eine klare Untergrenze, die keine Branche überfordere. Der Mindestlohn werde zwar bestimmte Dienstleistungen flächendeckend verteuern, doch sei es gerechter, die Mehrkosten jenen zuzumuten, die diese Dienstleistungen in Anspruch nähmen, als sie über den Kombilohn allen Steuerzahlern aufzubürden.

BDA „Initiative 50 plus“ zu bequemen Bedingungen. FAZ, Di. 27.2.07. Der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber gehen die Befristungsmöglichkeiten für die Beschäftigung Älterer nicht weit genug. Die viermonatige Arbeitslosigkeit als Anspruchsvoraussetzung müsse gestrichen und eine sachgrundlose Befristung auch jenen Arbeitnehmern ermöglicht werden, die nur von Erwerbslosigkeit bedroht sind. Die BDA befürchtet starke Mitnahmeeffekte bei der Entgeltsicherung und den Eingliederungszuschüssen – zumal letztere ausdrücklich keine Minderleistung mehr voraussetzten. Auch mit der geplanten Ausweitung der Weiterbildungsförderung kämen auf die Beitragszahler „neue milliarden schwere Belastungen“ zu. Dies werde zu steigenden Beiträgen führen und damit „Arbeitsplätze verhindern oder sogar vernichten“. *Presseauswertung: rst*

„Wir würden auch im Bund mitregieren“ erklärte Oskar Lafontaine, am 2. März in der „Berliner Morgenpost“. Da Lafontaine anscheinend öfter seine Positionen ändert, um es freundlich zu umschreiben, dokumentieren wir einige Passagen aus dem Interview.

Berliner Morgenpost: Sie stehen im Bundestag für eine konsequente Oppositionspolitik. Verträgt sich dieser Kurs mit einer Beteiligung an einer Regierung?

Oskar Lafontaine: Ja, immer. Ich selbst habe zehn Jahre als Oberbürgermeister und 13 Jahre als Ministerpräsident um politische Mehrheiten gekämpft.

In Berlin sind nach Umfragen zwei Drittel der Linkspartei-Anhänger unzufrieden mit dem Senat. Wie erklären sie das?

Berlin ist in einer sehr schwierigen Situation. Das muss jeder sehen, der die Berliner Arbeit objektiv bewertet. Berlin ist überschuldet, übrigens nicht durch politische Entscheidungen der Linkspartei. Berlin hat den Bankenskandal zu verkraften gehabt als Erbe der Vorgängerregierung von CDU und SPD. Dazu kommt die niedrige Steuer- und Abgabenquote Deutschlands, die sechs Punkte unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Es ist also viel schwieriger geworden als früher, in Ländern und Gemeinden Politik zu machen. Gleichwohl muss man auch in solch einer schwierigen Lage die Verantwortung übernehmen, wenn man hinreichend die eigenen Vorstellungen durchsetzen kann. Die Berliner Linkspartei kann für sich in Anspruch nehmen, dass die drei kommunalen Großbetriebe BVG, BSR und Vivantes schon teilprivatisiert wären, wenn sie nicht im Senat wäre. Natürlich gibt es Diskussionen, ob die Entscheidungen des Senats immer richtig waren.

Jetzt steht der Verkauf der Sparkasse an. Bisher gilt die Auflage der EU, wonach die Sparkasse diskriminierungsfrei auch privaten Investoren angeboten werden muss.

Ich habe begründete Hoffnung dass es gelingt, die Auflagen der EU einzuhalten und die Sparkasse weiter als öffentlich-rechtliches Institut in Berlin zu halten.

Sollte Berlin auf Geld verzichten, wenn Private mehr bieten als öffentlich-rechtliche Interessenten?

Berlin wird angesichts seiner Haushaltslage versuchen, einen guten Preis zu erzielen. Aber der Senat weiß auch, dass ein guter Preis allein nicht zählt. Es geht auch um den Sitz der Bank,

um die Arbeitsplätze, um die flächendeckende Versorgung der Sparer und des Kleingewerbes.

Sie haben einmal gesagt, ihre Partei sollte die Koalition verlassen, wenn die Sparkasse in private Hände käme. Jetzt klingen sie moderater.

Wir haben eine Reihe von Gesprächen geführt. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass auch die Linken in Berlin Anstrengungen unternehmen, um zu einem guten Ergebnis zu kommen.

In Berlin läuft noch ein anderes Privatisierungsverfahren, es geht um die 42 städtischen Gewerbehöfe, die der linke Wirtschaftssenator Wolf verkaufen will.

Gewerbehöfe muss man nicht öffentlich-rechtlich organisieren. Das geht auch privatwirtschaftlich. Aber beim Verkauf müssen die Folgen für das Kleingewerbe beachtet werden ...

Aber andererseits ist Berlin aus dem Flächentarif ausgeschert, hat Mitarbeitern Gehälter gekürzt und führt als Arbeitgeber harte Tarifverhandlungen, etwa an der Charité. Macht Sie das unglaublich?

Die Tätigkeit als öffentlicher Arbeitgeber verläuft nie konfliktfrei. Aber eine Stadt oder ein Land kann sich nicht völlig anders verhalten als die übrigen Bundesländer oder Gemeinden. Ich plädiere für einen größeren öffentlichen Sektor. Wenn wir in Deutschland den öffentlichen Sektor Schwedens oder Dänemarks hätten, gäbe es keine Arbeitslosigkeit ...

Die ostdeutschen Fraktionschefs unterstützen den Berliner Regierungskurs. Sehen sie Dissens zwischen oppositionell orientierter Bundesebene der Linken und dem, was die Ostdeutschen als Volkspartei mit Gestaltungsanspruch wollen?

Wir stehen Regierungsbeteiligungen positiv gegenüber, auch im Bund. Aber wenn die Linke sich beteiligt, muss ihre Handschrift deutlich werden.

Wir würden uns an einer Bundesregierung beteiligen. Wenn die Sozialdemokraten bei Hartz IV, bei der Rente, beim Mindestlohn und bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr eine andere Politik machen, könnten sie morgen den Kanzler stellen. Und wenn ich immer höre, dass die Sozialdemokraten Probleme mit meiner Person haben, dann ist das nur ein Alibi. An mir werden eine gerechte Rentengesetzgebung, eine auskömmliche Arbeitslosenversicherung, ein gesetzlicher Mindestlohn und der Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan nicht scheitern.

Zusammenstellung: jöd

Volksrepublik China

Der Vatikan kehrt zurück

Schon immer war der Vatikan ein echter „Globalplayer“. Getreu dem Gebot seines gen Himmel aufgefahrenen Herren: „Gehet hin in alle Welt ...!“ (Markusevangelium, Kapitel 16) hat er es von Anfang an betrieben, seinen Einfluss mit Propaganda, Gewalt oder Diplomatie weltweit zu vergrößern. Nur, es ging und geht ihm dabei auch wie so manch anderem, vielleicht nur scheinbar etwas moderneren imperialistischen Konzern: Wenn Völker sich von Kolonialismus und Fremdbestimmung zu befreien versucht haben, flog er raus. Und dann, wenn eine Reihe von Jahren vergangen sind und sich neue Chancen auftun, versucht er wieder in das Land rein zu kommen, um von Neuem Fuß zu fassen. So auch jetzt in China, wo man emsige vatikanische Aktivitäten beobachten kann.

Die Anfänge der China-Mission

Christen gab es in China nachweislich seit dem 7. Jahrhundert. Eine Stele der Nestorianer ist heute noch im Stelenwald Beilin in der Stadt Xi'An zu besichtigen. Allerdings galten und gelten die Nestorianer der katholischen Kirche schon immer als Häretiker und Abweichler. So verliert sich die Spur dieser anfänglichen Christen in China im Laufe der Jahrhunderte.

Anfang der Neuzeit kamen Jesuiten und betätigten sich vor allem als Naturwissenschaftler. Das Christentum predigten sie nicht offen, sondern gaben vor, buddhistische Mönche zu sein. Mit den Ideen der europäischen Renaissance vertraut, dienten ihnen die abendländischen Wissenschaften als eine Art „Trojanisches Pferd“, um allmählich christliches Gedankengut in China einzuführen.

Ihr bekanntester Vertreter war Matteo Ricci, der 1601 in Beijing an den kaiserlichen Hof kam. Die Weltkarte, die Ricci zusammen mit einem chinesischen Freund erstellte, fand große Beachtung. Stellte sie doch zum ersten Mal China, das „Reich der Mitte“, in den Mittelpunkt der Darstellung der Landkarte. Der Bekehrungserfolg dieser Missionare war allerdings auf Dauer gering. So sehr hatten sie sich in Habitus und Denken ihren Gastgebern angepasst – Ricci nannte sich auf chinesisch Li Madou –, dass von ihnen gilt, es sei geradezu wunderbarlich, dass sie nicht ihrerseits ihren christlichen Glauben abgelegt und zum Konfuzianismus übergetreten seien.

Die Opiumkriege erzwingen den Zutritt nach China

Das wurde mit den Opiumkriegen (1839 bis 1842) schlagartig anders. China war in dieser Zeit an einem Austausch mit dem Westen wenig interessiert. So hatte es im 18. Jahrhundert seine Grenzen gegenüber den „Barbaren“ aus dem Westen geschlossen. Die expandierenden Kolonialmächte des frühen 19. Jahrhunderts, England und Frankreich, erzwangen jedoch die Öffnung des chinesischen Marktes. Zunächst hatten europäische Händler in den 1830er Jahren begonnen, in großem Umfang Opium, das in der britischen Kolonie Indien produziert wurde, nach China zu schmuggeln, ein äußerst gewinnbringendes Geschäft. Innerhalb weniger Jahre führte der rapide steigende Opiumbedarf in China zu solch einem Geldabfluss, dass negative Konsequenzen für die gesamte chinesische Volkswirtschaft spürbar wurden. Die chinesische Regierung versuchte durch das Verbot des Opiumrauchens und die Verfolgung der Schmuggler, Herr des Problems zu werden. Die europäischen Mächte nahmen dies jedoch zum Anlaß, die Durchsetzung ihrer Handelsinteressen militärisch zu erzwingen.

In diesen „Opiumkriegen“ konnten sich die englischen Streitkräfte durchsetzen. Die chinesische Regierung musste nachgeben und in den „Ungleichen Verträgen“ von 1842/43 den Engländern weitgehende Handelsfreiheiten zugestehen und Territorien in den Küstengebieten abtreten (z.B. Hongkong).

In den folgenden Jahren erzwangen andere europäische Mächte wie Frankreich, das Königreich Preußen und die Vereinigten Staaten ähnliche Zugeständnisse. Überall an der chinesischen Küste entstanden exterritoriale Gebiete oder exterritoriale Viertel innerhalb der Großstädte mit so genannten „Konzessionen“ (z.B. in Shanghai), in denen das Recht der jeweiligen Besatzungsmacht herrschte und Militärkontingente der jeweiligen Länder stationiert waren. In den „Ungleichen Verträgen“ hatte China auch zugestehen müssen, christliche Mission im ganzen Land zu gestatten und die Missionare staatlich zu schützen.

„Ein Christ mehr ist ein Chinese weniger!“

Nachdem anderthalb Jahrhunderte solcher Missionstätigkeit vergangen sind, sieht sich die Evangelische Kirche in Deutschland in einem Bericht des Evangelischen Missionswerkes über die Chinamission auf der Synode in Münster 1998 immerhin zu folgender zart selbstkritischer Aussage in der Lage: „Einer der großen Pioniere der China-Mission Anfang des 19. Jahrhunderts, Karl Gützlaff, war sogar als Dolmetscher für Opiumschmuggler tätig, um

auf deren Schiffen heimlich nach China gelangen zu können. Später wurde er Sekretär und Dolmetscher für die Regierung der britischen Kronkolonie Hongkong und versuchte, die Verbindungen und den Einfluss dieser Stellung zu nutzen, um christliche Schriften in China zu verteilen. Er sah offenbar nie eine moralische Anfechtung in der Verbindung seiner Missionsstrategie mit seinem Handeln in Wirtschaft und Politik gegenüber dem chinesischen Reich.“ Der religionskritische Vorwurf einer Verbindung von „Religion und Opium“ bekommt hier also eine zusätzliche Wirklichkeitsechte Dimension.

Natürlich gab es in dieser Zeit Chinesen, die sich aus ihrer Zusammenarbeit mit den Kolonialmächten Vorteile versprachen und kollaborierten. Sie traten dann oftmals zum Christentum über. Aus dieser Zeit Mitte des 19. Jahrhunderts stammt der in der Missionsgeschichte geläufige Begriff der chinesischen „Reis-Christen“; also von Leuten, die um des Überlebens oder irgend einer Karriere willen zum Christentum wechselten. Da die westlichen Kolonialmächte dem chinesischen Kaiserreich christliche Mission aufgezwungen hatten, verband die Mehrheit des chinesischen Volkes das Christsein deshalb mit kultureller und politischer Loyalität gegenüber dem Westen und entsprechender Illoyalität gegenüber China. „Ein Christ mehr ist ein Chinese weniger!“ wurde zu einem geflügelten Wort.

In Summe kann man aber feststellen, dass das Christentum, die evangelische wie die katholische Kirche, verglichen mit der Größe des Landes und seiner Bevölkerung, aber auch dem martialischen missionarischen Aufwand, bis 1949 nicht im großen Maßstab Fuß gefasst hat. Gerade darum signalisierte der Übertritt zum Christentum in den Kriegen vor der Gründung der Volksrepublik 1949, wie diejenigen sich in ihrem Verhältnis zu den westlichen Kolonialmächten positionieren wollten. Das bekannteste Beispiel ist Tschiang Kai-Tscheck, der, um das Bündnis mit den USA zu bekräftigen, sich 1939 zum Christentum „bekehrte“ und demonstrativ sich taufen ließ.

Um so heikler wurde die Lage der Christen und insbesondere die der römisch-katholischen Kirche in China nach 1949. Es war ja nicht damit getan, dass die Kommunistische Partei Chinas gesellschaftlich die Religion zur Privatsache erklärte und reaktionäre Weltanschauungen bekämpfte. Es ging auch um das Verhältnis der chinesischen Katholiken zu ihrer Mutterkirche nach Rom. Der katholische Klerus und mit ihm die katholischen Gläubigen eines Landes sind kraft theologischem und kirchenrechtlichem Selbstverständnis dem Papst in Rom unmittelbar unterstellt. Und dies nicht allein in allge-

meinen dogmatischen Glaubensfragen; sie sind dem Papst weisungsgebunden in allen Fragen des praktischen religiösen, kirchlichen und damit auch weltlichen Lebens.

Papst Pius XII. – ein „harter Antikommunist“

Wie damit umgehen? Die revolutionäre, noch lange nicht politisch gefestigte Volksrepublik konnte sich eine vom antikommunistischen feindlichen Ausland gesteuerte innerchinesische Agentur nicht leisten. Wie schnell konnte von Seiten der westlichen Kirche aus den anstehenden Aufgaben der Enteignung der Feudalherren, der Entmachtung der Bourgeoisie eine Frage des Glaubens, der kirchlichen Ordnung und Moral gemacht werden, mit der Folge unmittelbarer Einmischung des Papstes.

Der damalige Papst war kein politisch unbeschriebenes Blatt: Es war der Papst des Konkordates mit Hitler, Pius XII. Wie um dies für unser Thema einmal mehr zu verdeutlichen, schreibt im Februar 2007 der Historiker und Jesuit Peter Gumpel – er ist seit 1984 Untersuchungsrichter des Heiligen Stuhls für Selig- und Heiligsprechungsprozesse und beschäftigt sich in besonderer Weise mit dem Verfahren der Seligsprechung des Pius XII. –, dieser sei ein Mann von „eindeutiger und harter antikommunistische Haltung“ gewesen. Peter Gumpel verdeutlicht das am Beispiel päpstlicher Aktivitäten in diesen Jahren: So sei Italien 1948 Gefahr gelaufen, durch einen möglichen Wahlsieg der Kommunistischen Partei in das Einflussgebiet der Sowjetunion zu fallen. Die katholische Kirche habe deshalb die so genannten „Comitati Civici“ (Bürgerkomitees) eingerichtet. Deren Aufgabe sei es gewesen, in „einer kapillaren Aktion“ den Sieg der Kommunisten zu verhindern. Der entschlossenen Initiative von Pius XII. sei es zu verdanken, dass Italien damals der Gefahr, eine kommunistische Republik zu werden, entronnen sei. (ZENIT – Die Welt von Rom aus gesehen, 9.2.2007)

Zwei Kirchen in der VR China: Autonom oder abhängig von Rom

Im Jahre 1951 wurden von der chinesischen Regierung die chinesischen Bischöfe vor die Wahl gestellt, sich von Rom loszusagen, um dann ihre Gemeindeglieder loyal im Rahmen des Aufbaus der neuen Volksrepublik China weiterführen zu können – oder als ausländische Agenten in der Illegalität zu verschwinden. Daraufhin zog der Papst seine Diplomaten nach Taiwan zurück. Seit 1951 gibt keine diplomatischen Beziehung mehr zwischen der Volksrepublik China und dem Vatikan.

Die katholische Kirche Chinas hat sich 1956 gespalten: Es gibt einmal die „Patriotischen Vereinigung in der katholischen Kirche“. Sie trägt den Na-



Jesuitenpater Matteo Ricci (1552 – 1610) und seine China-zentrierte Weltkarte



men: Chinese Patriotic Catholic Association, abgekürzt: CPA, CPCA oder CCPA. Sie ist der VR China gegenüber loyal und staatlich als Religionsgemeinschaft anerkannt. Sie hat sich von der Oberhoheit des Papstes losgesagt. Zum anderen gibt es die „Untergrundkirche“, so die Vatikanische Sprachregelung, die dem Papst die Treue hält.

Die rom-unabhängige „Patriotische Vereinigung der Chinesischen Katholiken“ weihte fortan ohne Zustimmung des Vatikans ihre Bischöfe selbst. Ein schwerwiegender Schritt und eine Tod-sünde in den Augen der Römischen Kirche: Pius XII und seine Nachfolger bedrohten die Kleriker postwendend mit Artikel 1382 des Kirchenrechts, das Sanktionen wie Exkommunikation vorsieht, wenn Bischofsweihen ohne Genehmigung des Vatikans erfolgen. Wobei Exkommunikation nicht allein den Ausschluss aus dem „Verein“ Kirche bedeutet, sondern die unwiderrufliche und erbarmungslose Überantwortung der Seelen der Betroffenen in die ewige Verdammnis: ein theologisches Todesurteil.

Papstes Benedikt XVI. – Neue Wege der Annäherung

Die neue offizielle Linie des Papstes Benedikt XVI. ist nun „Annäherung“ an China mit dem Ziel der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und dem Vatikan. Die Anzahl der katholischen Christen ist in den vergangenen Jahren nicht unerheblich gewachsen. Auch das löst Begehrlichkeiten aus. Der Papst möchte seine entlaufenen, selbstständig gewordenen Schäflein wieder einfangen und macht sich auf den Weg. Nach Einschätzung des Vatikans gehören rund 8 Millionen Chinesen der römisch-katholischen Kirche an. Sie praktizieren ihren Glauben aber

„heimlich“ im Untergrund. Rund 5 Millionen Chinesen gehörten zu der Patriotischen Kirche. Das sind Zahlen des Vatikans. „China-Daily“ vom 3.12.2006 nennt etwas geringere Zahlen. Danach gibt es in den 97 Diözesen „mehr als 5 Millionen katholische Gläubige, verglichen mit 2,7 Millionen vor einem halben Jahrhundert“. Allerdings haben 40 Diözesen keinen eigenen Bischof.

Der Strategiewechsel gegenüber China war bereits 2001 vom vorherigen Papst Johannes Paul II. eingeleitet worden. Er nutzte den 400. Jahrestag der Ankunft des Jesuitenpaters Ricci in Beijing zu einer Erklärung. Der Papst

sprach davon, dass der „Heilige Stuhl mit großer Sympathie und teilnahmevoller Aufmerksamkeit auf das chinesische Volk schaut. Die bedeutenden Schritte, die dieses Volk trotz vieler anhaltender Schwierigkeiten in jüngster Zeit auf sozialem, wirtschaftlichem und erzieherischem Gebiet getan hat, sind hinreichend bekannt. China soll wissen: Die katholische Kirche hegt die feste Absicht, erneut ihren bescheidenen und selbstlosen Dienst für das Wohl der chinesischen Katholiken und aller Einwohner des Landes zu leisten.“

Ähnlich wie bei der Vorbereitung seiner Reise nach Griechenland, Syrien und Israel im Zusammenhang mit der üblen Geschichte der Kreuzzüge bat er um „Vergebung und Verständnis“: „Ich empfinde tiefes Bedauern für diese Fehler und Begrenztheiten der Vergangenheit, und es tut mir leid, dass sie in nicht wenigen Menschen den Eindruck einer mangelnden Achtung und Wertschätzung der katholischen Kirche gegenüber dem chinesischen Volk erweckten und den Eindruck hervorriefen, die Kirche hege feindselige Gefühle gegenüber China. Für all dies bitte ich all jene, die sich auf irgendeine Weise von solchen Handlungen der Christen verletzt fühlten, um Vergebung und Verständnis. (...) Die bedeutenden Schritte, die dieses Volk trotz vieler anhaltender Schwierigkeiten in jüngster Zeit auf sozialem, wirtschaftlichem und erzieherischem Gebiet getan hat, sind hinreichend bekannt. Die Geschichte erinnert uns leider daran, dass das Wirken der Glieder der Kirche in China nicht immer frei von Fehlern war – als bittere Frucht der Grenzen des eigenen Verstandes und des menschlichen Tuns – und darüber hinaus von schwierigen

Situationen geprägt, die sich aus komplexen geschichtlichen Ereignissen und gegensätzlichen politischen Interessen ergaben. Auch fehlte es nicht an theologischen Auseinandersetzungen, die die verschiedenen Positionen verschärfen und dem Evangelisierungsprozess erhebliche Hindernisse in den Weg stellten. In einigen Abschnitten der modernen Geschichte erwies sich eine gewisse ‚Protektion‘ seitens der europäischen politischen Mächte nicht selten als Beschränkung der Handlungsfreiheit der Kirche mit negativen Auswirkungen auf China: Situationen und Ereignisse, die den Weg der Kirche beeinflussten und sie daran hinderten, jener ihr von ihrem Gründer Jesus Christus anvertrauten Sendung – zugunsten des chinesischen Volkes – voll gerecht zu werden.“

Und: „Die gegenwärtige Zeit großer Unsicherheit für die internationale Gemeinschaft fordert von allen ein leidenschaftliches Engagement zur Schaffung und Entwicklung von Banden der Sympathie, Freundschaft und Solidarität zwischen den Völkern. In diesem Zusammenhang hätte eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und dem Hl. Stuhl zweifellos positive Auswirkungen für den Weg der Menschheit.“ (Botschaft von Johannes Paul II. an die Teilnehmer einer Tagung anlässlich des 400. Jahrestages der Ankunft des Missionars und Wissenschaftlers Matteo Ricci SJ in China, 24. Oktober 2001)

Autonome oder päpstliche Weihen?

Um diese neue Linie weiter umzusetzen, ernannte Papst Benedikt XVI. im Februar 2006 den 74-jährigen Bischof von Hongkong, Joseph Zen Ze-Kiun, zum Kardinal. Er ist der erste Kardinal seit Jahrzehnten, der auf Mainland-China residiert. Er gilt als eine Größe der Hongkonger Demokratiebewegung und als „klarer Verfechter für mehr Religionsfreiheit“ – also der Einmischung von außen, so Radio Vatikan. Auf dem Festland pflegt er Kontakte in die „Untergrundkirche“ in der Volksrepublik. Begeisterung löste diese Ernennung durch den Papst allerdings nicht bei den Regierungsstellen in Beijing aus. Denn dieser ist für seine reaktinäre Haltung gegenüber der Volksrepublik China bekannt. Der außenpolitische Sprecher Liu Jianchao dazu: „Wir haben die Ernennung Zens zur Kenntnis genommen. Wir sind der Auffassung, dass religiöse Persönlichkeiten sich nicht in politische Angelegenheiten einmischen sollten.“ Auch hörte man von keiner Zustimmung bei der „Patriotischen Vereinigung“: sie ernannte im vorigen Jahr prompt erneut eigene Bischöfe.

Hingegen wurde der Priester Giovanni Wang Renlei im November 2006 zum Bischof von Xuzhou in der östlichen Provinz von Jiangsu „autonom“ geweiht, wie ein Vertreter der örtlichen Kirchenbehörde der Nachrichtenagentur AFP mitteilte. „Die chinesische Kirche ist eine autonome Kirche“, sagte er. Sie lasse sich von der Haltung des Vatikans nicht beeinflussen. Wang ist der vierte Bischof, der im Jahr 2006 in China ohne Autorisierung der römisch-katholischen Kirche ernannt wurde. Insgesamt hat laut der Chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua vom Dezember 2006 die „Patriotischen Vereinigung in der katholischen Kirche“ seit ihrer Unabhängigkeit 170 eigene Bischöfe ohne den Segen des Papstes geweiht. Der Papst habe von der Nachricht der Weihe Renleis mit „tiefer Trauer“ erfahren. So steht es im Dezember 2006 in einer Pressemitteilung des Vatikans. Weiter heißt es da, dass es sich mittlerweile um eine „Serie von extrem schwerwiegenden Verstößen“ handele, die die religiösen Gefühle eines jeden Katholiken in China und auf der Welt verletzen. Der Vatikan hat die Berufung von Bischöfen ohne seine Zustimmung als „Verletzung der Religionsfreiheit“ kritisiert und den Beteiligten wiederum mit Exkommunikation gedroht. In der vatikanischen Mitteilung wird aber auch auf die schwierige Lage hingewiesen, in der die katholischen Chinesen leben. Es sei tröstlich, dass sich viele Katholiken in

am 24. Januar 2007 in einem Interview: „... es gibt zwei Ebenen in der Beziehung zwischen Heiligem Stuhl und China. Zum einen die Diplomatie, zum anderen das Leben der Kirche ... Die Kirche in China lebt ohne diese formelle diplomatische Normalisierung weiter. Sie entwickelt sich enorm. Und es gibt inzwischen auch so eine Normalisierung de facto.“ Normalisierung de facto, das heißt beispielsweise, dass die in China geweihten Bischöfe ihre Weihe längst inoffiziell mit Erlaubnis des Papstes empfangen. Weiter heißt es: „Natürlich gab es Rückschläge, letztes Jahr wurden ... Bischöfe ohne Erlaubnis des Papstes geweiht, aber das ist nicht die normale Praxis. Die normale Praxis ist, dass die Bischöfe in China, die dort mit Zustimmung des Papstes und der patriotischen Vereinigung gewählt werden, auch in Rom um Ernennung bitten und in der Regel wird diese Ernennung auch erteilt, und erst dann werden die zu Bischöfen geweiht.“ Der Heilige Stuhl solle daran arbeiten, diese Normalisierung des kirchlichen Lebens noch stärker zu unterstützen, rät Pater Malek. „Und das heißt, mehr für die Fortbildung der Priester Seminaristen, Schwestern und Katholiken sorgen. Wie die Priester, Schwestern und Katholiken geformt sind, so wird die künftige chinesische Kirche aussehen.“

Die chinesische Regierung erklärte zu alledem, sie strebe einen konstruktiven Dialog mit dem Vatikan an. Grundlage

Vereinigung“ gehören, Bischöfe zu ernennen.

2007: Der Papst als Garant „kontrollierten“ Glaubens?

Der Vatikan erklärte im Januar 2007, er wolle seine heiklen Beziehungen zur Volksrepublik China „auf verschiedenen Ebenen normalisieren“. Er bietet dazu einen „respektvollen und konstruktiven Dialog mit den Regierungsbehörden“ in Beijing an, um „die Missverständnisse aus der Vergangenheit zu überwinden und um gemeinsam zum Wohl des chinesischen Volkes und für den Frieden in der Welt zu arbeiten“. Der Papst plane, zu Ostern einen Brief an die chinesischen Katholiken zu schreiben. Das teilte der Vatikan im Anschluss an ein Informationstreffen von kirchlichen China-Experten im Januar 2007 mit. Auch vom Plan eines Besuchs des Papstes in der Volksrepublik China ist zu hören.

Sicher – die politische Situation der Volksrepublik China ist heute völlig anders als Anfang der 50er Jahre. Aber im Zusammenhang mit der Öffnung Chinas drängen ebenso zielstrebig wie kampagnenmäßig Ideologien in Gestalt vielfältiger „protestantischer“ evangelikaler Religionen in das Land. So missioniert zum Beispiel ein synkretistischer Glaubensmix der „Pentecostals / Charismatics / Neocharismatics“ mit viel Geld und Energie und verspricht individuelles Heil. So sehr sie in ihrem Auftreten differieren, sind sie sich in einem immer eins: sie sind politisch und moralisch stockkonservativ, reaktionär, antikommunistisch und proamerikanisch. Und sie lieben es, sich in ihrer Anfangsphase der Missionierung als Märtyrer- und Untergrundkirche dazustellen. Das ist gewiss Ansatzpunkt für den Papst, sich mit seinen präzise arbeitenden vatikanischen Strukturen als nützlicher Garant „kontrollierten“ Glaubens in den Verhandlungen der chinesischen Staatsführung anzubieten.

Karl-Helmut Lechner



Xuzhou, Dezember 2006: Der Priester Wang Renlei wird zum Bischof der „Patriotischen Kirche“ geweiht. Foto: ChinaDaily

China „weiterhin als Mitglieder der Universalkirche fühlen“ würden.

Rückschläge dieser Art sind für den vatikanischen „Globalplayer“ mit seiner Jahrhunderte alten Erfahrung der Infiltration kein Grund zur Entmutigung. Der Steyler Missionar P. Roman Malek vom China-Zentrum in St. Augustin, laut Radio Vatikan ein ausgewiesener China-Kenner, erklärte dazu

dafür seien zwei Grundprinzipien, zum einen müsse der Vatikan seine „diplomatischen Beziehungen“ zu Taiwan abbrechen, zum anderen dürfe sich der Vatikan nicht in die inneren Angelegenheiten Chinas einmischen, auch nicht im Namen der Religion. (China.org.cn, 28. Juni 2006) Zu diesen „inneren Angelegenheiten“ wird mit Sicherheit das eigenständige Recht der „Patriotischen

Filmempfehlung

Neben der Spur

Der Hamburger Filmemacher Karl-Heinz Dellwo hat einen außergewöhnlichen, 81-minütigen Dokumentarfilm über die Jugendlichen aus dem Heim Putenhof im Wendland gedreht.

Früh am morgen, draußen ist es noch dunkel. Ein Schild vor einem Bauernhofgelände ist zu sehen: Putenhof. Drinnen frühstücken Jugendliche, an mehreren Tischen verteilt. Zuvor waren sie zu sehen, wie sie Schweine, Pferde, andere Hoftiere versorgen. „Über ein Jahr habe ich beobachtet, wie die Ju-

gendlichen hier leben“, ist eine Stimme aus dem Off zu hören. Eine eindringliche Stimme, die Worte sind sorgsam gewählt. Karl-Heinz Dellwo, Regisseur und Kameramann von „Neben der Spur“, spricht selbst seinen Kommentar: „Hier sind wie in anderen Heimen Jugendliche, die unterschiedlich in ihrer Kindheits- und Jugendentwicklung gestört wurden. Und doch trägt jeder sein Potenzial mit sich, verzerrt, verschlossen, oftmals missachtet und niedergedrückt. Es dabei zu belassen, wäre nur der Akt eines gesellschaftlichen Verrats, der jeden Einzelnen einschließt.“ Klar, ruhig und prägnant sind auch die Bilder des Filmes – außer, die Handkamera geht mit einem Jugendlichen mit. Leicht verwackelte Bilder sind aber die Ausnahme, der Film hat es nicht nötig, mit dem Verzicht auf Stativ und längere Totalen Authentizität und Nähe vorzugaukeln. Wenn die Jugendlichen in Nahaufnahme interviewt werden, wird ihnen Zeit gelassen, Worte für die Antworten zu finden: „Ich bin hier, weil ich gern was mit den Pferden mache, habe früher schon zwei Jahre voltagiert, auf Pferden gestanden und so“, erklärt Yvonne auf die Frage, was ihr am Putenhof gefällt. Gero erklärt, wie er sich gegenüber dem Jugendamt dafür entschieden hat, auf dem Putenhof leben zu wollen, nachdem er sich alles einen Tag angeschaut hatte. „Atem holen können von der verinnerlichten Ausweglosigkeit“, kommentiert Dellwo das Leben auf dem Putenhof. Die Jungen und Mädchen zwischen 12 und 17 sind sehr unterschiedlich, können sich verschieden gut ausdrücken, haben ihre ganz persönliche Geschichte an Vertrauensverlusten, Konflikten, Brüchen.

Ähnlich wie die Jugendlichen werden die ErzieherInnen gezeigt, als gleichberechtigte Gesprächspartner, wie Doris Winkel, die erklärt: „Viele kommen sozial verwahrlost her“. Oder Jürgen Winkel, der mit seiner Frau zusammen mit 20 Jugendlichen auf dem Putenhof lebt: „Wir wollen hier mit den Jugendlichen zusammen leben“. An den zahlreichen Konflikten wird deren Lösung oder friedliche Austragung erlernt. Jürgen Winkel besteht einerseits auf Regeln für den Putenhof, ist andererseits nicht selbstherrlich, sondern selbstkritisch: „Auch ich war mal das schwarze Schaf. Auch ich mache Fehler.“ Auf die Jugendlichen wird sehr individuell eingegangen. Das Scheitern der Jugendlichen wird nicht als individuelle Schuld gezeigt, sondern als soziales Problem. Durch das lange, geduldige Beobachten und Kennenlernen öffnen sich die Jugendlichen vor der Kamera, teilen sich mit.

Die Versorgung der Hoftiere spielt eine große Rolle für die Jugendlichen. Sie erfahren unmittelbar die Bedürfnisse der Tiere und entwickeln daraus Verantwortungsgefühl und eigene

Kompetenzen. Sie bauen gemeinsam mit einem Berufsschullehrer einen Offenstall für die Pferde und erfahren durch die praktische Arbeit den Sinn der sich daraus ergebenden Konstruktionsberechnungen in der Lüchower Berufsfachschule.

Eine besondere Intensität erreicht der Film beim Dokumentieren eines Workcamps von einem Teil der Putenhof-Jugendlichen auf dem Gelände des ehemaligen KZ Theresienstadt in Tschechien. „Was aber ist Theresienstadt? Folter, Mord, Rassismus, Niedertracht und Heimtücke. Freude und Lust am Leid des anderen, gepaart mit Sehnsucht nach Herrenmenschentum – einer der Orte einer nicht sozialisierten Nation – einer der Orte unzähliger, ungehörter und jahrzehntelang auch in der Nachkriegszeit noch gedeckter Verbrechen“, so Dellwo. Mehrmals im Jahr fahren seit 16 Jahren Freiwillige vom Putenhof nach Terezin. Jeden Sommer arbeitet eine Gruppe vom Putenhof in einem Workcamp an der Erhaltung der Gedenkstätte mit. Sie konfrontieren sich dort unmittelbar mit dem deutschen Nationalsozialismus. Kommentar von Dellwo: „Der Film beschäftigt sich mit dem Leben auf dem Putenhof und zeigt, wie Jugendliche, die gesellschaftlich fast als chancenlos festgelegt sind, mit einführender Intensität auf diesen Ort reagieren und selber von der Hoffnung geprägt sind, nicht untergehen zu müssen.“ Alle Gebäude dort sind erhalten, die Erschießungsmauer, die Baracken für je 400 bis 500 Häftlinge, die Unterkünfte der SS. Ruhige Bildsequenzen zeigen die einzelnen Orte der Gedenkstätte, auch die Gräberfelder. „Wenn ich hier die Gräber sehe, es sind so viele“, erklärt ein Junge: „Nächstes Jahr komme ich wieder und kann sehen, wie die Rosen blühen, die wir auf den Gräbern pflanzen“, überlegt er sichtlich bewegt. Ein anderer Junge meint: „Wenn jemand sagt, ich bin ein Nazi, da bin ich jetzt viel empfindlicher als früher“. Ein Mädchen schildert, wie Häftlinge in einen sumpfigen Graben getrieben und gezwungen wurden, auf Leben und Tod miteinander zu kämpfen, sich gegenseitig totzuschlagen. Jürgen Winkel, der Leiter vom Putenhof, erklärt den Jugendlichen, welche Ausmaße das KZ hatte: 140.000 Leute sind nach Theresienstadt deportiert worden, von denen 88.000 in die Vernichtungslager transportiert wurden. Über 8000 Kinder unter 15 Jahren mussten im KZ Theresienstadt versuchen zu überleben. Die Jugendlichen vom Putenhof sind in Terezin durch ihre Einsätze für den Erhalt der Gedenkstätte bekannt und geachtet.

Durch die gezeigte entschiedene, unmittelbar geäußerte Empathie der Jugendlichen mit den Opfern im KZ Theresienstadt wirken die Bilder, wie sie feiern, Fußball spielen in der Nähe des

KZ selbstverständlich und keineswegs als Gegensatz. Die emotionale und körperliche Schwere ihrer Gedenkstättenarbeit braucht einen Ausgleich. Und der gehört bei diesem Film, der den ganzen Alltag dokumentieren soll, dazu. „Kein Jugendlicher ist einfach. Diese hier besonders nicht. Nur – was sollte ihr Fehler sein, wo sie zuallererst nur das Unglück hatten, mit schlechten Karten in der Hand geboren zu werden?“ fragt Dellwo aus dem Off. Dellwo ist ein sensibles Sicheinlassen auf die Jugendlichen und ihre BetreuerInnen gelungen. Vielleicht hat es ihm geholfen, dass er selbst harte Erfahrungen mit gesellschaftlicher Konfrontation und Ausgrenzung machen musste. Mit 21 wurde er 1973 bei einer Hausbesetzung in der Hamburger Ekhofstraße verhaftet, mit 23 legte er sich als Mitglied der Roten Armee Fraktion (RAF) mit dem Staat an, besetzte mit einem bewaffneten Kommando die Botschaft der BRD in Schweden und forderte die Freilassung von Gefangenen aus der RAF. Die BRD war unnachgiebig, die Botschaft wurde gestürmt, am Schluss waren zwei Botschaftsmitarbeiter und zwei Mitglieder des RAF-Kommandos tot. Dellwo musste für zwanzig Jahre ins Gefängnis, unter verschärften Haftbedingungen. Bei einer Filmvorführung in Celle, wo Karl-Heinz Dellwo während seiner langjährigen Haft im Hochsicherheitstrakt eingesperrt war, saß auch der damalige Leiter der Justizvollzugsanstalt Celle, Paul Kühling, im Publikum. „Ich habe ihn bleibend in Erinnerung“, erklärte Dellwo laut der „Celleschen Zeitung“ dazu. Als er damals mit dem Hubschrauber im Celler Gefängnis verlegt wurde, habe Kühling ihn mit den Worten begrüßt: „Sie werden hier nie wieder rauskommen.“ 1995 wurde er entlassen, neun Jahre später gründete er die kleine Produktionsfirma Bellastoria. „Neben der Spur“ ist sein dritter Film.

„Die Jugendlichen kommen in ihrer eigenen Sprache zu Wort, mit ihren Vorstellungen – das hat mir gut gefallen. Und der Film hat starke, wunderbare Bilder“, so Jens Meyer vom Hamburger 3001-Kino gegenüber dieser Zeitung. Dellwo hat Meyer den Film schon im Rohschnitt gezeigt. „Den Film haben wir ins Programm genommen, weil er uns gefällt“, betont Jens Meyer. Neben den wenigen Kinoaufführungen – bisher im Wendland, in Celle und in Hamburg – gibt es auch die Möglichkeit, den Film als DVD direkt bei Bellastoria zu erwerben und auf dem Bildschirm anzuschauen.

Gaston Kirsche

Neben der Spur.

Regie: Karl-Heinz Dellwo, BRD 2006, 81 Minuten, Farbe, DVD.

Mehr Infos zum Film und Bezugsmöglichkeit für die DVD: www.bellastoria.de

EU-Beitritt aus kurdischer Perspektive

Aus unseren Tages- und Wochenzeitungen erfahren wir die Ansichten unserer Regierungen und Parteien zum EU-Beitritt der Türkei, auch die bekannter türkischer Persönlichkeiten und Institutionen, gelegentlich die anderer Regierungen aus EU-Staaten – aber nur selten lesen wir etwas über die Positionen von Kurden zur Beitrittsfrage. Hier schafft die 2005 an der „Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik“ (HWP) als Diplomarbeit durchgeführte Untersuchung Abhilfe. Sebahattin Topçuoğlu interviewte zwölf Repräsentanten der kurdischen Gesellschaft in der Türkei und wertete die Antworten aus.

Das Ergebnis fasst Prof. Norman Paech in seinem Vorwort zu der Arbeit so zusammen: „Übereinstimmend sehen die kurdischen Repräsentanten den vor ihnen liegenden Beitrittsprozess als historische Chance für die Entwicklung der Menschenrechte und Demokratie in der Türkei an. Sie halten die gesetzlichen Reformen der vergangenen Jahre zwar für wichtig, schätzen sie jedoch als vollkommen unzureichend ein. Aus ihrer eigenen Erfahrung können sie dabei auf die große Diskrepanz zwischen den gesetzlichen Reformen und der Umsetzung in der Praxis verweisen. Die Reformen haben nicht wirklich grundlegend zu einer Mentalitätsänderung im gesellschaftlichen Leben und im Staatsapparat geführt. Sie vermuten, dass die Oberflächlichkeit des Reformprozesses darauf zurückzuführen ist, dass er nur auf Grund des Druckes der EU in Gang gesetzt wurde. Nicht nur das Militär, sondern offensichtlich alle türkischen staatlichen Institutionen und Parteien tragen an dieser Fehlentwicklung Schuld.“

Deutlich wird bei dieser Befragung auch, dass die EU kein eigenes Konzept für die kurdische Frage in der EU hat. Ihr ist die Zypernfrage immer noch wichtiger, obwohl oder vielleicht gerade weil sie ungleich weniger komplex ist als die Kurdenfrage. Die Nato hat sich trotz der langjährigen Mitgliedschaft der Türkei nie um die Frage der Menschenrechte und Kurden gekümmert. Das Minderheitenkonzept der EU bietet für die Kurden ebenso wenig eine politische Lösung wie die Kopenhagener Kriterien, da beide sich auf die individuellen Menschenrechte der Einzelnen beziehen und nicht die kollektiven Rechte eines großen Volkes wie das der Kurden von ca. 15 Millionen Angehörigen garantieren. Die Skepsis vieler Kurden nährt sich auch aus der Tatsache, dass sie faktisch nicht an dem Verhandlungsprozess des Beitritts beteiligt sind.

Nach wie vor werden ihre politischen Organisationen unterdrückt und illegalisiert. Umso mehr projizieren sie ihre Hoffnungen und Wünsche auf die europäischen Staaten und Parteien, die Beitrittsverhandlungen zu einer Lösung der kurdischen Frage zu nutzen.“

Besonders erfreulich ist, dass alle Interviews im Anhang abgedruckt sind. (M.)

Sebahattin Topçuoğlu: „Der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus der kurdischen Perspektive. Eine empirische Untersuchung“, GNN, Hamburg, Dezember 2006, 21 cm, kart., 176 Seiten, 12 Euro, ISBN 3-938372-06-0



KoKo contra CoCom

Spätestens im Herbst 1989 hat die DDR-Öffentlichkeit von der Existenz der KoKo – dem Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ im Ministerium für Außenhandel – erfahren. Dann nämlich, als ihr Chef, der Staatssekretär Dr. Alexander Schalk-Golodkowski, an die Öffentlichkeit trat und dem erstaunten Fernsehpublikum offenbarte, wie er und seine Hightech-Schmuggler illegal und außerhalb des Staatsplanes versucht hatten, die DDR-Wirtschaft mit westlichen Embargowaren zu versorgen.

Der Begriff CoCom – für „Coordinating Committees for East West Trade Policy“, dem Komitee zur Umsetzung von Restriktionen beim Warenverkehr zwischen dem Westen und dem Osten – war schon des Längeren bekannt. CoCom wurde auf Geheiß der Amerikaner gegründet und hatte schon am 1. Januar 1950 seine Arbeit aufgenommen. Von der ersten Stunde seiner Existenz hat CoCom alles getan, um den innerdeutschen Warenverkehr wenn schon nicht zu verhindern, dann aber merkbar zu erschweren. Die DDR bekam diese Politik hautnah zu spüren.

Der Bereich KoKo wurde erst am 15.

September 1966 gegründet. Ein Mittelstück zwischen Staatsorgan und Mafia als ein marktwirtschaftliches Unternehmen.

Klaus Behling hat jetzt den Konkurrenten im Kalten Krieg sein neues Buch gewidmet. In fünf Kapiteln belegt er, dass die wichtigsten Produktionseinrichtungen und Forschungsgeräte nur im Westen zu beschaffen waren. Er beschreibt in Aufsehen erregenden Einzelbeispielen, wie von der KoKo die Fäden gezogen wurden, um zu den von der DDR so dringend benötigten westlichen Valuten zu kommen. An den konspirativen Geschäften war zu jeder Zeit auch das MfS beteiligt. Schwarzhandel und Wirtschaftsspionage bildeten eine Einheit. Es entwickelte sich ein ausgesprochener Wirtschaftskrieg. 1985/86 wurden 350 leistungsfähige Computer mit der damals üblichen 16- und 32-Bit-Technik für 489 Millionen Valutamark schwarz importiert. Die Waffenhandelsfirma IMES hat von 1981 bis 1989 insgesamt 590 Millionen DM, die Firma „Kunst und Antiquitäten“ rund 400 Millionen Mark erwirtschaftet. Deren Geschäfte waren alle geheimdienstlich abgesichert. Behling nutzte bei seinen Recherchen sowohl Berichte des Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Erinnerungen von den beteiligten Akteuren (Schalk-Golodkowski, Ronneberger, Großmann u.a.) als auch Memoiren von Politikern.

Franz-Karl Hitzte

Klaus Behling, „Hightech-Schmuggler im Wirtschaftskrieg – Wie die DDR das Embargo des Westens unterlief“, Kai Homilius Verlag Edition Zeitgeschichte, Band 22, Berlin 2007, geb., mit Schutzumschlag, 236 Seiten, Preis: 19,90 Euro, ISBN 978-3-896706-872-8



10. März. Berlin. Landesparteitag der Linkspartei.PDS, Berlin.

13./14. März. Berlin. Europa sozial gestalten! Europäischer Sozialstaatskongress des DGB (siehe auch www.dgb.de)

17. März. Landesparteitage der Linkspartei.PDS in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern.

24./25. März, Dortmund. Parteitag Linkspartei.PDS und Parteitag der WASG. Beschlussfassungen der Gründungsdokumente der Partei Die Linke

30. März bis 18. Mai. Urabstimmung in Linkspartei.PDS und WASG zur Fusion.

31. März / 1. April. Frankfurt. Jahrestagung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Jahrestagung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Samstag, 31. März / Sonntag 1. April, Frankfurt am Main

Tagungsort: Im Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12

Samstag, 31. März

ab 12 Uhr Anmeldung, 12.30 Uhr Beginn der Tagung

1. Formalitäten
2. Aussprache über den Fusions- und Parteibildungsprozess von Linkspartei.PDS und WASG. Bericht über die Parteitage am 25. März.
15.30 Uhr bis 16 Uhr, Pause
3. Öffentliche Diskussionsveranstaltung, 16 bis 19 Uhr

Gerechter Friede zwischen Israel und Palästina!

40 Jahre nach dem so genannten Sechs-Tage-Krieg (5. bis 10. Juni 1967) ist der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern immer noch ungelöst, und manchmal scheint es, als sei der Nahe Osten von einem Frieden weiter entfernt denn je. Der Konflikt, der militärisch nicht gelöst werden kann, hat beide Gesellschaften, die israelische wie die palästinensische, in eine tiefe Krise gestürzt. Seit dem Libanon-Krieg im Sommer 2006 haben nun auch Nato und Bundeswehr in der Konfliktregion Fuß gefasst. Um so notwendiger ist es, jeden Ansatz zu unterstützen, der einen gerechten und dauerhaften Frieden zum Ziel hat. Aber was heißt das? Einseitige Parteinahme, die legitime Interessen missachtet, ist nicht hilfreich, heizt den Konflikt vielmehr noch an, das haben die vergangenen Jahrzehnte gezeigt.

Auf der öffentlichen Veranstaltung im Rahmen der Jahrestagung des Forums referieren *Florian Weis, Rosa-Luxemburg-Stiftung*, und *Michael Kellner, Kölner Ratsmitglied der Linken*. Florian Weis spricht über Entwicklungen in der israelischen Gesellschaft und beleuchtet unter diesem Blickwinkel die Bedingungen für einen gerechten Frieden. Michael Kellner berichtet von einer Delegationsreise in die beiden Kölner Partnerstädte Tel Aviv und Bethlehem.

Sonntag, 1. April

Beginn 9 Uhr.

4. Bericht der Redaktion der Politischen Berichte, Finanzen des Forum und der Finanzierung der Politischen Berichte, Wahlen zum Arbeitsausschuss
Ab 10.30 Uhr:
5. Kommunale Leistungen und Freiheit des Einzelnen – Selbstverwaltung als Chance.
Um Anmeldung bei Jörg Detjen, GNN Köln, wird gebeten.

13./14. April. Hamburg. Gewerkschaftspolitische Konferenz der Linkspartei.PDS.

21. bis 24. Mai. Sevilla. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

2. Juni. Rostock. Eine andere Welt ist möglich – Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Aufrufe usw. siehe www.heiligendamm2007.de

6. bis 10. Juni. Köln. 31. Evangelischer Kirchentag.

16. Juni. Gründungsparteitag Die Linke.

28./29. September. 72. Parteitag der CSU, Vorstandswahlen.

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2007	Mai	Bremen	Land/Kom.	13.5.	4 Jahre
	Mai	Bremerhaven	Kommunal	13.5.	4 Jahre
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräsid.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: <http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html>